Volksstimme

Einzelpreis 500000

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme" erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich Redakteur Albert Paul, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Woche vom 17. bis 23. September 2500000 Mark, Abholer 2400000 Mark.

Anzeigen-Grundpreise: Die 1ugespaltene, 27 Millimeter breite Nonpareillezeile örtlich 84 Mk., auswärts 105 Mk.; Familienanzeigen und Stellengesuche 42 Mk.; Vereinskalender 96 Mk., die dreigespaltene, 90 Millimeter breite Reklamezeile örtlich 420 Mk., auswärts 510 Mk. Der Grundpreis wird vervielfacht mit der Schlüsselzahl des Vereins der Deutschen Zeitungsverleger, zurzeit 12 000. Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Platzvorschriften keine Gewähr. — Postscheckkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 217. Magdeburg, Dienstag den 18. September 1923. 34. Jahrgang.

Produktion und Achtstundentag.

Deutschland ist ein armes Land geworden. Neun Jahre Krieg haben seine Wirtschaft in schwerste Bedrängnis gebracht, die Währung zerrüttet und weite Volkskreise verarmt. Dem steht zwar eine gewaltige Bereicherung kleiner Kreise der Sachwertbesitzer gegenüber und die Entstehung einer Schicht von neuen Reichen, aber das alles ist bedeutungslos gegenüber der ungeheuern Verarmung des Reiches. Mit geringen Steuerlasten wurden ehemals umfangreiche Staatsausgaben gedeckt. Für die Folge werden schwere Lasten erforderlich sein, weil zu den innern Staatsausgaben die äußern Lasten hinzugetreten sind, die die deutsche Wirtschaft auf viele Jahre hinaus schwer bedrücken werden.

Wenn unmittelbar nach Kriegsende im Jahre 1918 im ganzen deutschen Volke, insbesondere in seinen kapitalistischen Kreisen, die Erkenntnis lebendig gewesen wäre, daß Deutschland den Krieg verloren hat und ohne Erfüllung der Reparationsverpflichtungen die Freiheit seines Gebiets und seines Handelns nicht werde behalten können, hätte unter schärfster Anspannung der produktiven Kräfte der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft planvoll durchgeführt werden können. Aber statt dessen hat die kapitalistische Einstellung der deutschen Wirtschaft, die gleichbedeutend ist mit dem Wunsche nach Erhöhung des privaten Profits, dauernd den Versuch gemacht, die Reparationsverpflichtungen, deren Unerfüllbarkeit bei Anspannung aller Kräfte bald von selbst hervorgetreten wäre, auch ohne diese planmäßige Förderung der deutschen Produktion als unmöglich zu erweisen. Die Ruhrbesetzung ist daher nicht nur das Ergebnis französischen Machtwillens, sondern auch das Ergebnis kapitalistischen Eigennutzes und der Ohnmacht der Staatsgewalt in Deutschland gegenüber diesen Kreisen. Es ist ein schlimmes Erbe, das die Regierung Cuno dem deutschen Volke mit der Ruhrbesetzung hinterlassen hat. Das wichtigste Industriegebiet Deutschlands ist brachgelegt, schafft seit neun Monaten keine Werte, erfordert aber ungeheure Mittel zu seiner Erhaltung. Die damit verbundenen Lasten haben den Verarmungsprozeß des Reiches verschärft. Finanzzerrüttung und Währungsverfall sind der Ausdruck dieser Tatsache.

Um wieder zur Gesundung zu kommen, um innere und äußere Verpflichtungen Deutschlands zu erfüllen, um der deutschen Bevölkerung eine ausreichende Lebenshaltung zu sichern, ist die Steigerung der Produktion unumgänglich. Die Voraussetzungen hierfür sind nicht ungünstig. Der Produktionsapparat der deutschen Wirtschaft ist von der Kriegszerstörung nicht unmittelbar betroffen. Auch die Nachkriegszeit hat ihn, jedenfalls soweit das unbesetzte Gebiet in Frage kommt, nicht beeinträchtigt. Zwar ist durch die Abtretung deutscher Gebiete, die Wegnahme der Kolonien und der Handelsflotte unsre Produktionsbasis eingeengt, aber diese eingeengte Basis hat auch manche Verbesserungen aufzuweisen, die die Möglichkeit erhöhter Produktionsleistungen rechtfertigen. Von Bedeutung ist auch, daß das wichtigste Gut der deutschen Volkswirtschaft, die menschliche Arbeitskraft, zwar unter Kriegs- und Nachkriegszeitwirkungen gelitten hat, doch aber leicht wieder zur vollen Entfaltung kommen kann, wenn der Produktion sichere Grundlagen und der Arbeiterschaft gesicherte Existenzbedingungen gegeben werden.

Die Arbeiterklasse erkennt die Notwendigkeit der Steigerung der Produktion rückhaltlos an. Sie weiß, daß ein verarmtes Volk nur durch qualitative und quantitative Arbeitsleistungen wieder zur Blüte kommen kann und daß solche Anstrengungen für Deutschland um so notwendiger sind, je größer die innern und äußern Lasten sich darstellen. Sie weiß auch, daß eine so starke Steigerung der Erzeugung, daß sie über den Bedarf hinausreicht, notwendig ist, wenn die Macht der Kartelle, die Preisdiktatur der Syndikate, der Wucher der Landwirtschaft mit Aussicht auf Erfolg bekämpft werden soll. Bei Warenknappheit ist der Verbraucher dem Erzeuger und Händler schutzlos ausgeliefert. Bei Warenüberfluß muß der Erzeuger und Händler um den Absatz seiner Produkte ringen und verliert seine monopolartige Stellung. Soweit zur Erreichung eines solchen Zustandes Anstrengungen der Arbeiterklasse erforderlich sind, wird es an ihnen für die Folge so wenig fehlen, wie es in der Vergangenheit daran gefehlt hat. Es ist nicht zu bestreiten, daß in vielen Fällen trotz Verkürzung der Arbeitszeit die Leistungen der Arbeiter den Friedensstand erreicht und überschritten haben. Wo das nicht der Fall ist, war die Hauptursache dafür die Vernachlässigung der Produktionseinrichtungen durch die Unternehmer, die zu geringe Bezahlung und zu schlechte Lebenshaltung der Arbeiter und die Unsicherheit ihrer Existenz, die mit der Währungszerrüttung eng verbunden ist. Das beste Mittel, die Arbeitsleistung zu steigern, ist deshalb die Herbeiführung gesicherter Wirtschafts- und Existenzverhältnisse. Dann wird auch innerhalb des Achtstundentags die deutsche Produktion so gesteigert werden können, daß der Bedarf der deutschen Wirtschaft und die Bezahlung der Reparationsforderungen durch die deutsche Warenerzeugung gedeckt werden können.

Unter dem Deckmantel des Rufes nach Mehrarbeit versteckt sich aber bei vielen Großindustriellen der Wunsch, die Arbeiterkraft in die alte sklavische Abhängigkeit zu bringen. Diesen Leuten, vor allem Stinnes, dient die Forderung nach unbezahlter Mehrarbeit, nach Beseitigung des Achtstundentags nur als Mittel, die geistige und politische Selbständigkeit der Arbeiterschaft, die ein wesentliches Produkt des Achtstundentags ist, zu bekämpfen. Wenn insbesondere gegenwärtig, wo eine schwere Wirtschaftskrise Hunderttausende von Arbeitern mit Arbeitslosigkeit bedroht, die Forderung nach Mehrarbeit auftaucht, ist der Verdacht, daß diesem Rufe politische und nicht wirtschaftliche Motive zugrunde liegen, außerordentlich naheliegend. Er erscheint uns bemerkenswert, daß auch in der Deutschen Volkspartei sich Stimmen regen, die von der richtigen Anschauung ausgehen, daß man von der Notwendigkeit der Mehrarbeit nur dann sprechen dürfe, wenn sie wirklichen Nutzen versprechen. Das aber ist nur dann der Fall, wenn alle verfügbaren Arbeitskräfte produktiv beschäftigt werden, die parasitären Existenzen verschwinden und die Nutzbarmachung jeder willigen Arbeitskraft gesichert ist. So schreibt die „Kölnische Zeitung", indem sie sich ausdrücklich gegen Stinnes wendet:

> Solange wir nicht binnen kürzester Zeit zu einer vollkommenen Umschichtung unsrer Berufs- und Arbeitsorganisation gekommen sind, ist die Forderung, daß das ganze deutsche Volk täglich 2 Stunden länger arbeiten müsse, mit Verlaub zu sagen, sinnlos. Denn mit Recht können ihr Tausende, ja Millionen von Arbeitnehmern die Frage entgegenhalten, wie und zu welchem Zwecke sie länger arbeiten sollen, wenn ihre Arbeitgeber nur den einzigen und durchaus verständlichen Wunsch haben, sich möglichst vieler Arbeitskräfte zu entledigen. Gewiß muß sehr mehr gearbeitet werden als bisher, schon um die allernotwendigsten Verbrauchsgüter und den Gegenwert zu schaffen für die auf absehbare Zeit immer noch erforderliche Einfuhr, und um die Kriegsentschädigung bezahlen zu können. Aber zuvor müssen die Voraussetzungen und Unterlagen bereitgestellt werden, auf denen solche Arbeit allein nützlich wirken kann, wenn anders die geforderte Mehrleistung der einzelnen nicht in die Luft verpuffen soll.

Wir stimmen dem durchaus zu und empfehlen den Herren von der Deutschen Volkspartei, die in ihren Reden diesen Gesichtspunkt vollkommen außer acht lassen, der Stimme des einflußreichen westdeutschen Industriellenorgans die notwendige Beachtung zu schenken. —

Poincarés Sonntagsreden.

Der französische Ministerpräsident Poincaré hat am Sonntag zwei Denkmalsreden gehalten. Das für Deutschland wichtige Kernstück der erste Rede wird in folgender Form übermittelt:

> Unsre Rechte sind in Verträgen niedergelegt, die unsre Alliierten unterzeichnet haben. Es würde keine Sicherheit mehr in den Beziehungen der Völker geben, wenn abgeschlossene Verträge verleugnet würden. Weder einer neutralen Kommission, noch internationalen Sachverständigen, noch einer internationalen Fideikommission, auch nicht einmal dem Völkerbund, dessen Aufgaben groß sind, hat der Vertrag von Versailles die Aufgabe zuerteilt, die Höhe der deutschen Schuld festzusetzen oder die Bedingungen zu bestimmen, unter denen sie bezahlt werden soll; sondern einer besondern Kommission, die Reparationskommission heißt, und deren Befugnisse Deutschland ausdrücklich anerkannt hat. Wenn man daran denkt, sie beiseite zu schieben, so geschieht dies, weil man glaubt, daß sie neuen Konzessionen wenig geneigt ist. Aber diese neuen Konzessionen würden den übernommenen Verpflichtungen zuwiderlaufen, und das ist Anlaß genug, daß wir uns dazu nicht hergeben. Wir haben Pfänder in der Hand, die wir behalten werden, bis wir Befriedigung erzielt haben.

Das sind Worte, die Poincaré immer wieder gesagt hat, unerschüttert von allen Vorstellungen, ob sie von deutscher, englischer, neutraler oder einer sonstigen Seite erhoben wurden. Das Neue liegt in der Tatsache, daß Poincaré sich wiederholt, ohne auf die jüngste Rede Stresemanns oder auf die inzwischen angebahnten Verhandlungen Bezug zu nehmen. Was daraus hervorgeht? Es wird nur dann gelingen, Poincaré zu entwaffnen, wenn Deutschland endlich durch Taten beginnt, der Welt zu beweisen, daß es bereit ist, die Freiheit seines Bodens zu erkaufen. Die Tatsache, daß es Stresemann gelungen ist, zu Verhandlungen zu kommen, ohne daß Deutschland kapitulierte — was Poincaré so oft als Vorbedingung bezeichnet hatte —, ist ein Beweis, daß nicht alle Worte Poincarés wörtlich genommen werden dürfen.

In seiner zweiten Rede sprach Poincaré von der Sicherheit Frankreichs. Er klagte, Deutschland habe in den letzten Monaten die Tätigkeit der Militärkommission unmöglich gemacht und könne heute nach Belieben im eignen oder fremden Lande sich eine Kriegsrüstung schaffen, um dann „mit dem Helm auf dem Haupte, bewaffnet und zur Revanche bereit, wieder vor uns aufzutauchen. Es hat den Anschein, als wenn er dieses Revanchebild für englische Augen gezeichnet habe; denn er lehnte mit dieser Begründung den Gedanken eines Rheinlandpaktes ab, der von England stark propagiert wurde. Poincaré will den Völkerbund als Garanten. Und Deutschland soll aufgenommen werden, wenn es seine Verpflichtungen erfüllt hat. Er will die Garantie des Völkerbundes, weil sonst Deutschland die Möglichkeit habe, über Polen und die Tschechoslwakei herzufallen. Welche praktischen Folgen die echte oder gespielte Furcht Poincarés vor einer Revanche für Deutschland hat, geht aus folgendem hervor:

> Durch eine Fata Morgana einer Garantie hofft man also uns dazu zu bringen, eine positive Garantie zu verlieren. Man weiß wohl, daß Deutschland noch keine Klausel des Vertrags ausgeführt hat und daß infolgedessen alle französischen Regierungen seit 1919 erklärt haben, daß die Besatzungsfristen auf dem linken Rheinufer noch nicht zu laufen begonnen haben. Man versucht indessen, sie abzukürzen. Wenn dies gelänge, dann würden wir gezwungen sein, vor den kontraktmäßig festgesetzten Daten unsre Soldaten von der Brustwehr zurückzuziehen, wo sie auf Wache stehen, um den Weltfrieden zu verteidigen, und der germanische Militarismus könnte nach Belieben neue Kriege der Macht und Eroberung vorbereiten. Wir werden diesem Spiel uns nicht aussetzen. Wir werden die Sicherheiten festhalten, die uns der Friedensvertrag gegeben hat.

Ueber die Frage der Räumungsfristen hat nach dem Versailler Vertrag nicht Poincaré allein zu entscheiden, auch nicht die französische Regierung, sondern die Alliierten. Die noch nicht beendete Geschichte der Ruhrbesetzung lehrt aber, daß die Macht der Alliierten nicht allzu groß werden darf. Es bleibt uns eine Hoffnung: Poincaré und der nationale Block werden nicht ewig regieren, nicht einmal mehr so lange, bis die Frage der Räumung des linken Rheinufers aktuell ist. —

Sicherung der Ernährung.

Die fortgesetzte Propaganda der Deutschnationalen und der Landbünde zur Untergrabung der Staatsautorität ist nicht ohne Erfolg geblieben. Zweifellos beteiligt sich ein Teil der Agrarier lediglich mit dem Mundwerk an dem Kampfe gegen die Steuern und an der Aufforderung zum Lieferstreik. Aber es gibt auch einen Teil, und das ist der größere, der praktisch den Lieferstreik durchführt und Steuersabotage treibt. Wir haben wiederholt gesagt, daß diese Gesellschaft sofort andern Sinnes wird, wenn ihr der Staat die Faust zeigt. Nunmehr scheint auch die Regierung dieser Auffassung geworden zu sein. Sie hat inzwischen eine Verordnung erlassen, die jede Aufforderung zur Zurückhaltung der Ware und die Agitation zur Verweigerung der Steuern mit Gefängnisstrafen bedroht. Wir erwarten, daß diese Verordnung mit drakonischer Schärfe durchgeführt wird.

Diese Maßnahme allein kann natürlich auf die Dauer auch nicht genügen. Insbesondere der Lieferstreik hat zum Teil seine Ursache in dem fortdauernden Verfall der Mark. Soweit die Landwirtschaft in Frage kommt, will die Regierung dem Bedürfnis nach Wertbeständigkeit durch die vorübergehende Einführung einer Roggenwährung nach dem Plane Helfferichs Rechnung tragen.

Es handelt sich also hier um eine Zwischenwährung, die später gegen die Zahlungsmittel der Goldnotenbank eingetauscht werden soll. Die gute Absicht des Reichskabinetts ist nicht zu verkennen, aber wir befürchten, daß die Privilegienwirtschaft, die der Landwirtschaft gestattet ist, bald auch mit dem gleichen Rechte von andern Wirtschaftsgruppen gefordert wird. Dem kann nur vorgebeugt werden durch eine möglichst schnelle Vorbereitung einer Goldwährung für jedermann. —

Gewerkschaften gegen den Kanzler.

Der Reichskanzler hat in seiner letzten Rede auch von der Preis- und Lohnpolitik gesprochen. Er erklärte unter anderm, daß die Löhne „vielfach über den Friedenslöhnen" liegen. Wir haben uns bereits gegen diese Darstellung gewandt. Nunmehr wendet sich auch der Bundesvorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes gegen diese unrichtige Feststellung in einer Zuschrift, in der es u. a. heißt:

„Diese Behauptung muß auf irrigen Informationen beruhen und darf nicht unwidersprochen bleiben. Entscheidend ist nicht der Nominallohn, sondern die Kaufkraft des Lohnes. Vor dem Kriege konnte sich ein Arbeiter mit einem Stundenlohn ein Pfund Qualitätsfleisch kaufen. Anfang dieser Woche betrug der Tagesdurchschnittslohn 10 bis 12 Millionen Mark. Ein Pfung Fleisch kostete zur gleichen Zeit 11 Millionen. Der Arbeiter mußte also für die gleiche Menge Fleisch acht Stunden arbeiten, während er es früher mit dem Lohn einer Stunde kaufen konnte. Tatsächlich liegen die Verhältnisse so, daß die fortschreitende Markentwertung und die ihr mehr und mehr parallel laufende Steigerung der Preise die vereinbarten Löhne ständig überholen, da die Arbeiter ihre Einkäufe nicht zur Zeit der Vereinbarung, sondern erst frühestens eine Woche später machen können. Maßgebend kann aber nur die Kaufkraft des Lohnes in der Verbrauchswoche sein.

Ein paar Beispiele: Ein Metallarbeiter verdiente in der Woche vom 30. Juli bis 5. August 58 000 Mark Stundenlohn. Am 6. August kostete ein Pfund Schmalz 235 000 Mark. Er mußte also über 4 Stunden arbeiten, um es kaufen zu können. Im Frieden kostete es 80 Pfg. Er erhielt damals 70 Pfg. Stundenlohn. In kaum mehr als einer Stunde verdiente er genug, damit er es kaufen konnte. Am 3. September kostete ein Pfund Schmalz 2 400 000 Mark. Der Stundenlohn des Metallarbeiters betrug in der Woche vom 27. August bis 1. September 840 000 Mark die Stunde. Er mußte also nahezu 3 Stunden arbeiten, um es zu kaufen.

Vergleicht man den Stundenlohn des Metallarbeiters in der letzten Augustwoche mit der Reichsindexziffer der Verbrauchswoche, die 1 845 261 betrug, so ergibt sich, in Goldmark umgerechnet, ein Stundenlohn von 0.45 Goldmark gegenüber einem Stundenlohn im Frieden von 0,70 bis 0,80 Mark. Dabei ist zu beachten, daß die Reichsindexziffer die Miete berücksichtigt. Der Lohn ist also trotz der niedrigen Miete auf fast die Hälfte des Friedenswertes gesunken. Werden jetzt die Mieten von Monat zu Monat erhöht, so verschärft sich die Lage zuungunsten der Lebenshaltung der Arbeiter.

In den letzten Wochen hat sich das Verhältnis von Kleinhandelspreis und Lohn eher verschlechtert, da die Markentwertung mit Ausnahme der letzten Tage unabsehbare Abmessungen annahm. In andern Berufen ist die Lage der Arbeiter gleich trostlos. Die Beispiele würden für die verschiedensten Waren zu demselben Ergebnis führen. Die Kaufkraft der Löhne hat sich so verringert, daß von einer Ueberschreitung des Friedensreallohns gar keine Rede sein kann.

Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund muß daher entschieden Verwahrung einlegen gegen die angeführte Behauptung, die nur den Unternehmern Anlaß bieten kann, unter Berufung auf die Aeußerung des Reichskanzlers die Löhne zu drücken." —

Bereitstellung von Notstandsarbeiten.

Der Preußische Landtag hat beschlossen, die Staatsregierung zu ersuchen, in Verbindung mit den preußischen Provinzen, Kreisen und Gemeinden Pläne bereitzuhalten, um der wachsenden Erwerbslosigkeit durch öffentliche Arbeiten (Hoch- und Tiefbauten, Bodenverbesserungen usw.) entgegenzuwirken. Um eine methodische Erfassung aller sich bietenden Arbeitsgelegenheiten zu ermöglichen, hat der Minister für Volkswohlfahrt jetzt die Regierungspräsidenten aufgefordert, Listen aufzustellen, in denen die sofort greifbaren Notstandsarbeiten unter Angabe der Finanzierung sowie die früher oder später möglichen Notstandsarbeiten unter Angabe der erforderlichen Vorarbeiten aufgeführt sind.

Der Erlaß enthält im übrigen einige grundsätzliche Anweisungen über die Förderung von Notstandsarbeiten. Die Fragen der Wirtschaftlichkeit sollen künftig im Hinblick auf die gespannte Finanzlage von Reich und Staat noch stärker als bisher betont werden.

Außerdem werden Darlehen, und zwar möglichst auf wertbeständiger Grundlage, mehr als bisher in Anwendung kommen müssen. Anzustreben ist außerdem zur Schonung der Reichs- und Staatsmittel weitgehendste Heranziehung privater Kredite.

Grundsätzlich ist zu fordern, daß alle Notstandsarbeiten, die nach ihrer Durchführung einen hinreichenden Ertrag abzuwerfen versprechen, sich selbst zu tragen haben. Bei den übrigen Notstandsarbeiten wird festgestellt werden müssen, ob nicht neben dem Interesse, das die Allgemeinheit an der Beschäftigung Erwerbsloser hat, auch ein besonderes Interesse einzelner vorliegt, das ihre stärkere Heranziehung zu den Kosten rechtfertigt.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Preußischen Landtag folgenden Antrag eingebracht:

Die herrschende große Arbeitslosigkeit wird durch die Stillegung und Einschränkung von Betrieben aller Art unerträglich verschärft. Das Ende dieser Erwerbslosigkeit ist noch nicht abzusehen. Die vornehmste Aufgabe des Staates dürfte darin bestehen, alle brachliegenden Arbeitskräfte möglichst restlos dem Produktionsprozeß einzureihen. Diese Maßnahme ist nur durchführbar, wenn alle Kräfte der Länder und des Reiches mobil gemacht werden. Der Landtag wolle daher beschließen:

1. Die Staatsregierung wird ersucht, mit der Reichsregierung in Verhandlungen zu treten zwecks Bereitstellung von Mitteln zur Ausführung größerer, wirklich produktiver Notstandsarbeiten (Meliorationsarbeiten, Wohnungsbau, Tiefbauarbeiten u. a.);

2. die produktiven Notstandsarbeiten der Gemeinden mit prozentual höhern Zuschüssen als bisher zu fördern;

3. die in produktiver Arbeit nicht unterzubringenden Erwerbslosen den Lebensbedürfnissen entsprechend ausreichend zu unterstützen.

Weiter wird die Staatsregierung ersucht, schnellstens von ihrem Rechte Gebrauch zu machen, die Wartezeit für den Bezug der Erwerbslosenunterstützung von einer Woche auf drei Tage herabzusetzen. —

Staatliche Aktiengesellschaften.

Am Sonnabend nahm der Preußische Landtag in zweiter Lesung den Gesetzentwurf betr. Uebertragung staatlicher Elektrizitätsanlagen an eine Aktiengesellschaft nach den Ausschußbeschlüssen an. Die Vorlage ermächtigt das Staatsministerium, für die Stromversorgung im Weserquell- und Maingebiet eine Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Kassel zu gründen. Sämtliche Aktien müssen in den Besitz des Staates gebracht werden. Eine Veräußerung ist nur mit Zustimmung des Landtags möglich.

Es folgt dann die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Uebertragung der Verwaltung und Ausbeutung des staatlichen Bergwerksbesitzes an eine G. m. b. H. Der verstärkte Ausschuß für Handel und Gewerbe empfiehlt eine Aktiengesellschaft. Der gesamte Aktienbestand soll vom Finanzministerium für den Staat übernommen werden. Handels- und Finanzminister vertreten den Staat als Aktionäre der Aktiengesellschaft zu gleichen Teilen. Der Finanzminister kann einen Teil der durch ihn vertretenen Aktien widerruflich an die Preußische Staatsbank (Seehandlung) übertragen. Die Veräußerung von Aktien, die Ausgabe von Vorzugsaktien, die Erhöhung des Aktienkapitals, soweit die Aktien nicht in der Hand des Staates bleiben sollen, werden an die Zustimmung des Landtags gebunden. Zur Deckung der Mittel für die Uebernahme der Aktien wird der Finanzminister zur Aufnahme einer wertbeständigen Anleihe bis zur Höhe von 5 Millionen Goldmark ermächtigt.

Genosse Osteroth gab als Berichterstatter eine eingehende Würdigung des Gesetzes. Im Ausschuß habe das Bestreben vorgeherrscht, dem Staat und seiner Wirtschaft durch das Gesetz zu helfen. Seit langem haben führende Wirtschaftspolitiker des Landtags die Führung des Staatsbergbaues bemängelt, die etatsrechtliche Bindung, die bureaukratische Fesselung kritisiert und eine Umstellung verlangt. Da wir die Saar- und den größten Teil der oberschlesischen Gruben verloren haben, muß die eingeengte Basis des preußischen Bergbaubesitzes verbreitert, die Werke ausgebaut und technisch vervollkommnet werden. Die Bureaukratisierung, die wir bisher hatten, hat lähmend auf die Entschlußkraft der Beamten gewirkt und die Selbstverantwortung nicht gefördert. Notwendige Neurungen und Reparaturen mußten jahrelang verschoben werden, ehe die Genehmigung des Landtags vorlag. Die Privatindustrie entzog dem Staatsbergbau die besten Kräfte durch höhere Gehalte. Darunter litt die Wirtschaftlichkeit. Deshalb war die Umstellung unvermeidlich. Der Ausschuß entschied sich aus Zweckmäßigkeitsgründen mit 15 gegen 11 Stimmen für die Bildung einer einheitlichen Aktiengesellschaft. Der Vorstand wird durch die Gesellschaftsversammlung mit Zustimmung des Aufsichtsrats gewählt. Bei der Entlassung ist es ebenso. Die Beamten werden eine fünfjährige Frist zur Entscheidung darüber haben, ob sie im Dienste der Gesellschaft bleiben wollen oder nicht. Scheiden sie aus, dann haben sie Anspruch auf ihre Pension und auf ihre erworbenen materiellen Rechte. Das Bedenken, daß der Gesetzentwurf eine Auslieferung an das Privatkapital bedeute, ist durch nichts begründet. Naturgemäß ist, daß wir in eine neue Entwicklung hinein müssen. Es ist nicht genug damit getan, daß der Staat seine Produkte unverarbeitet weiterverkauft. Nicht nur die horizontale Erweiterung des Staatsbergbaues darf das Ziel der Umstellung sein, sondern vielmehr die vertikale Durchgliederung des großen Staatskonzerns, die Erweiterung nach der Richtung der gesamten Montanentwicklung ist notwendig.

Handelsminister Siering führte aus, daß die Geldentwertung der letzten Zeit die Umstellung unbedingt notwendig gemacht hat. Um sein künftiges Mitbestimmungsrecht braucht der Landtag nicht besorgt zu sen. Eine Garantie dafür bietet die Zusammensetzung des Aufsichtsrats, von dessen zwölf Mitgliedern fünf dem Landtag angehören müssen. Die Vorlage wurde nach den Ausschußvorschlägen angenommen, ebenso der Vertragsentwurf.

Die Verordnung vom 1. September 1923 zur Anpassung der Steuergesetze an die Geldentwertung nahm der Landtag in allen drei Lesungen an. — Nächste Sitzung Dienstag den 18. September. —

Pro Kopf und Tag drei Goldmark.

Reichsfinanzminister Hilferding hat in seiner Rede im Reichswirtschaftsrat die furchtbare Belastung, die das Ruhrabenteuer bedeutet, in aller Offenheit dargelegt. Nur ein Narr oder ein Ruhrkriegsgewinnler kann unter diesen Umständen noch von längerer Fortsetzung der Cuno-Politik faseln. Eine Illustration zur Rede Hilferdings sind Ausführungen des demokratischen Abgeordneten Erkelenz, der vor einigen Tagen erklärte:

Jeder Mensch im Ruhrgebiet kostet dem Reich täglich drei Goldmark. Die deutsche Regierung muß daher den Versuch machen, mit Frankreich in Verbindung zu treten, um den Kampf an der Ruhr zu beenden. Die Regierung hat bereits Schritte eingeleitet, die hoffentlich zu einem guten Ende für den Kampf führen werden. Die Verhandlungen müssen auf der Grundlage geführt werden, daß das deutsche Volk bereit ist, neue große Opfer zu bringen, selbstverständlich aber unter der Bedingung, daß die Souveränität und die Einheit des Reiches und die Erhaltung der Rheinlande bei Deutschland garantiert wird. Aber allein mit Opferwilligkeit wird es nicht getan sein. Die Frage der Beteiligung der Franzosen an der deutschen Industrie muß geregelt werden.

Alles Gerede von „bedingungsloser Kapitulation" ist müßig, solange uns nicht Pläne vorgelegt werden, die uns die Sicherheit geben, auf anderm Wege zum Ziele zu gelangen. Gibt es einen derartigen Plan, dann heraus damit! Wir sind die ersten, die ihn in die Wirklichkeit überführen helfen. Wer damit zurückhält, begeht Vaterlandsverrat. Gibt es aber nichts andres, als die berühmten Sprüche aus der Kriegszeit, das geheimnisvolle Munkeln von wunderbaren Erfindungen und Plänen, dann ist auch das Vaterlandsverrat. Mit Redensarten wie „die Waffen holen wir uns vom Feinde" soll man uns verschonen.

Kleines Feuilleton.

Berliner Theaterbrief.

Berlin, Mitte September.

Die neue Spielzeit beginnt in Berlin diesmal ziemlich vorsichtig und spärlich. Die wirtschaftlichen Nöte der Zeit machen sich ja gerade in den Theatern besonders stark bemerkbar, weil die Menschen immer noch lieber auf kulturellen Genuß und selbst auf Zerstreuung verzichten als auf Butter und Speck. In der Tat haben denn auch im Verein Berliner Bühnenleiter Erwägungen darüber stattgefunden, ob man überhaupt die Theater eröffnen soll. Man hat sich entschlossen, den Versuch doch wieder zu wagen, und soviel ich in ein paar Unterhaltungen mit führenden Direktoren wie [illegible], Barnowsky, Dr. Robert feststellen konnte, ist man bisher mit dem Erfolg auch nicht unzufrieden. Allerdings ist das Risiko ungeheuer, und ein paar Tage schlechten Besuchs fressen den Gewinn erfolgreicher Wochen mit Leichtigkeit auf. Naturgemäß verengert sich auch der Besucherkreis immer mehr. Die Fremden haben Berlin allmählich verlassen, und die Schar der deutschen Theaterbesucher, die zwanzig oder dreißig Millionen Mark für einen Platz bezahlen können, ist immerhin klein. Trotzdem neige ich zu der Meinung, die besonders Barnowsky und Verwaltungsdirektor Meyer von den [illegible]-Bühnen mir gegenüber ausgesprochen haben, daß es nur von der künstlerischen Leistung abhängen wird, ob ein Theater existenzfähig bleibt oder nicht. Die Hollaender-Bühnen selbst werden ja ihren Leiter in absehbarer Zeit verlieren. Felix Hollaender ist müde geworden unter den Kämpfen der letzten Monate und hat Reinhardt nur versprochen, auszuharren, bis ein Nachfolger gefunden ist. Kandidaten werden bereits reichlich genannt. Am meisten Aussicht hatte zunächst Viktor Barnowsky, dessen künstlerische Vergangenheit dafür bürgt, daß er die Reinhardt-Theater auf ihrer Höhe halten und zu neuem Ruhme führen wird. Neuerdings aber gilt das „Schauspielertheater" als Zukunft für die Max Reinhardt gehörigen Häuser, das ja mit einer von mir hier besprochenen Aufführung der „Räuber" starke Hoffnungen erweckt hat.

Die erste Premiere brachten Meinhard-Bernauer. Im Theater in der Königgrätzer Straße wurde eine Groteske „Der Clown Gottes" von Hugo Wolfgang Philipp herausgebracht (den Magdeburgern wohlbekannt! D. Red.), der zweifellos nicht ohne Talent ist. Der Grundgedanke freilich ist nicht neu: der verkannte Maler, der sich für tot ausgibt und dessen Gemälde nun plötzlich Ruhm und Ehre bringen. Philipp gibt aber der Idee eine neue Wendung dadurch, daß der Totgeglaubte wieder ins Leben zurück möchte, als ihm eine [illegible] kommen, sich des Mordes an sich selbst beschuldigt. Leider geht dem Verfasser am Schlusse der Atem aus und er findet aus dem Wirrwarr nicht mehr heraus, so daß er schließlich den Helden erklären läßt: „Ich kann nicht weiter. An allem ist der Dichter schuld." Sehr peinlich berührt in dem Stücke die widerliche Art, in der gegen das gegenwärtige Deutschland zu Felde gezogen wird. Man kann gewiß an Adolf Hoffmann und ähnlichen Erscheinungen seinen Witz kühlen, aber es muß wirklich witzig sein und nicht dumm und albern. Theaterfutter ist das Stück jedenfalls nicht, selbst wenn es schauspielerisch von stärkern Schultern getragen wird als dem Chargenspieler Hans Herrmann, der in Episoden Ausgezeichnetes leistet, aber durch seine sächsische Sprache und seine Fistelstimme sich zum tragischen Helden nun einmal nicht eignet.

Im Komödienhaus brachte dieselbe Direktion den Schwank „Mein Vetter Eduard" von Fred Robs zur Uraufführung, hinter welchem Pseudonym sich Fritz Friedmann-Frederich und der Schauspieler Ralph Arthur Roberts verbergen. Der tolle Schwank, dessen Wirkungen zum großen Teil auf einer mehrfachen Verkleidungsrolle beruhen, steht ganz gewiß außerhalb jeder künstlerischen Linie. Aber von Kunst hat Fritz Friedmann-Frederich in seinem Leben ja nie etwas wissen wollen, und der Versuch, dem Publikum ein paar lachende Stunden zu bereiten, ist auch mit diesem szenisch allerdings mitunter allzu lockern Schwanke gelungen. Herr Roberts hat sich als Darsteller um den Erfolg ein noch größeres Verdienst erworben wie als Mitautor. Seine Kunst ist von einer so liebenswürdigen Herzlichkeit, daß sie selbst über die dramatischen Situationen hinweghilft. Das wirbelnde Tempo der Aufführung, an dem neben Roberts noch besonders Georg Bajelt Anteil hatte, ließ die Zuhörer nicht aus dem Lachen und nicht zur Besinnung kommen.

Noch leichter ist die Muse, der Hermann Haller im Admirals-Palast dient, der nunmehr auch so etwas wie ein Theater geworden ist. Man spielt eine Revue, der man den Namen „Drunter und drüber" gegeben hat, weil den Autoren Haller, Rideamus und Willi Wolff wohl nichts Besseres eingefallen ist, was übrigens auch zum überwiegenden Teile für die mehr als zwei Dutzend Bilder gilt, und sucht den Erfolg durch die schmissige Musik von Walter Kollo und eine pompöse Inszenierung zu erzwingen. Vielleicht ist unsereins nicht recht am Platz in einem Unternehmen, das so ganz ausgesprochen auf das Fremdenpublikum zugeschnitten ist. Wenn ich recht unterrichtet bin, hat die Ausstattung bereits im August 240 Milliarden Mark verschlungen und beträgt die tägliche Pachtsumme für das Haus 100 Dollar. Unter diesen Umständen mußte Haller natürlich als erster Theaterdirektor Goldmarkpreise einführen, und es ist selbstverständlich, daß nicht allzu viele Berliner diese bezahlen können. Gedanklich, wenn man so sagen darf, ist die Revue recht arm, und politische Witze entwickelt [illegible] einmal der famose Willi Schaeffers als Fremdenführer. Dagegen wird im Szenischen und in den Kostümen sehr viel Prunk entfaltet, und mitunter sogar Geschmack, den man allerdings dafür in der peinlichen Vermischung von Dirnenkult und Fridericusverehrung um so mehr vermißt. Es steckt viel Wagemut in diesem Unternehmen, mehr jedenfalls, als künstlerischer Wille oder Kultur oder Humor, und man wird um dieses Mutes willen darauf gespannt sein können, ob das durch ein nicht sehr brauchbares Haus stark belastete Unternehmen sich wird durchsetzen können.

Das alles ist mehr Auftakt zur neuen Spielzeit, und man konnte zwischendurch immer noch einmal schnell nach Dresden hinüberrutschen, um dort Mozarts „Gärtnerin aus Liebe" in einer beschwingten Aufführung der Staatsoper zu genießen. Aber nun wird's ernst. Diese großen Bühnen künden ihre ersten Premieren an, und neben das „Schauspielertheater" tritt in eifrigen Wettbewerb „Die Truppe". Emil Köhrer.

Ein Schriftstellerschicksal. In einem Berliner Krankenhause starb der Lyriker Maximilian Bern im 74. Lebensjahr an Hunger. Man fand ihn bewußtlos in seiner Wohnung vor, und die Aerzte stellten fest, daß er seit mehreren Tagen nicht das geringste gegessen hatte. Maximilian Bern ist der Herausgeber der „Zehnten Muse", einer Sammlung von Ueberbrettllyrik, die dem Verleger in zahlreichen Auflagen Unsummen eingebracht hat, während dem geistigen Vater dieses Werkes jetzt der Hungertod die Feder aus der Hand wand, in dem Augenblick, als die im Ausland verheiratete Adoptivtochter Berns auf dem Weg ist, ihren Vater aus seiner furchtbaren Not zu befreien. — Auf der Jungfrau wird ein neues Luxushotel gebaut und für ein Ausstattungsstück im Berliner Admiralspalast sind 280 Milliarden hinausgeworfen worden. —

Der verkrachte Leibkutscher des Fridericus. Wie der Berliner Lokalverband der Deutschen Bühnengenossenschaft mitteilt, ist die Sommerdirektion Joseph Snaga und Fritz Hundt, die im Neuen Theater am Zoo das Singspiel „Der Leibkutscher des Fridericus Rex" von Snaga zur Aufführung brachte, finanziell zusammengebrochen. Abgesehen vom Orchester und technischen Personal haben allein die darstellenden Mitglieder eine Forderung rückständiger Gagen von ungefähr einer Milliarde. Der Dekorationsfundes ist von einem bekannten Berliner Musikverlag gerichtlich mit Beschlag belegt worden. Der Mitdirektor Fritz Hundt, unter dessen Direktion bereits vor zwei Jahren die Sommerspielzeit des Wallnertheaters ebenfalls finanziell zusammenbrach, hat die Mitglieder bis zuletzt über den Stand des Unternehmens getäuscht, ihnen vielmehr mündlich und durch Anschlag Engagementsversprechen für die Winterspielzeit gemacht, ohne im Besitz eines Theaters oder einer Konzession zu sein. — [illegible]

Goldpreise für Kohle.

Der Reichskohlenverband und der große Ausschuß des Reichskohlenrats haben beschlossen, die Kohlenpreise in Zukunft in Gold zu erheben. Dieser Beschluß tritt bereits am 17. September in Kraft. Erfolgt die Zahlung in Papiermark, so werden die Papiermarkbeträge nach der amtlichen Dollarnotierung an der Berliner Börse (Mittelkurs zwischen Geld- und Briefkurs; ein Dollar = 4,20 Goldmark) am Tage nach Zahlungseingang in Goldmark gutgeschrieben.

Aus den ab 17. d. M. geltenden Preisen verbleiben den Gruben im Ruhrgebiet für eine Tonne Fettförderkohle 19,26 Goldmark, in Oberschlesien im Durchschnitt für eine Tonne aller Sorten 13,86 Goldmark, in Niederschlesien 13,66 Goldmark, in Sachsen 20,30 Goldmark, in Ibbenbüren 17,29 Goldmark, in Mitteldeutschland und Ostelbien für eine Tonne Braunkohlenbrikette 10,45 Goldmark. Diese Kohlenpreise erhöhen sich für die Verbraucher um den Betrag der Kohlensteuer, Umsatzsteuer, den Beitrag für den Bergarbeiterwohnungsbau und den Aufschlag für den Handel.

Der „Erfolg" der Goldmarkrechnung für die Kohlenproduktion dürfte sein, daß wir in Zukunft täglich mit schwankenden Kohlenpreisen rechnen müssen. Ein derartiger Zustand kann auf die allgemeine Preisgebarung, insbesondere auf die der kommunalen Werke und Eisenbahnen nicht ohne Einfluß bleiben. —

Drohrede des bayrischen Ministerpräsidenten.

Zu gleicher Zeit mit Poincaré sprach der bayrische Ministerpräsident von Knilling. Der eine kündigt an, daß er von seinen Ansprüchen nicht ein Jota aufgeben und der andre, daß er die dadurch entstehenden innern Schwierigkeiten rücksichtslos ausbeuten wird.

Poincaré enthüllte Denkmäler, Knilling sprach vor Bauern, die an der Not Deutschlands reich geworden sind und durch den Ausgang der Verhandlungen mit Frankreich ihr patriotisches Herz schwer bedrückt fühlen, denn sie ahnen, daß sie zahlen müssen. Lieber machen sich die bayrischen Bauern „selbständig". Natürlich, so offen spricht der bayrische Ministerpräsident nicht. Aber wer lesen will, der lese:

> Zurzeit steht im allgemeinen Interesse die Fühlungnahme des neuen Reichskanzlers mit Frankreich zum Zwecke der Lösung des Reparationskonfliktes. Der Reichskanzler hat wiederholt betont, daß an der deutschen Souveränität über das Ruhrgebiet festgehalten werde und daß das Ziel nur Wiedergewinnung der Freiheit des Ruhrgebiets sein könne und dürfe. Aber es wird sich zeigen, ob nicht vielleicht von mancher Seite die Aussichten für einen solchen Verteidigungsversuch allzu günstig dargestellt worden sind, wenigstens solange ein Poincaré an der Spitze der französischen Politik steht. Stresemann will für seine Politik die Bahn freimachen, für die Lösung von Aufgaben innenpolitischer und innenwirtschaftlicher Natur. Aber es besteht auch die Gefahr, daß bei dem großen Einfluß und dem Drucke von links die Reichsregierung schließlich weiter abgedrängt wird, als sie selbst anfänglich wollte. Diese Bedenken haben wir in Berlin nachdrücklich zum Ausdruck gebracht und ersucht, bei weitern Schritten unsern Bedenken Rechnung zu tragen. Die Grenze ist für Deutschland Frankreich gegenüber gezogen durch die nationale Ehre und Würde und durch die Notwendigkeit der deutschen Wirtschaft. Was aber, wenn die Lösung des Ruhrkonfliktes nicht gelingt? Oder wenn eine Lösung erfolgen sollte, die wir Bayern als unannehmbar bezeichnen müßten?

Für Bayern unannehmbar? Wie nun, wenn Sachsen, Thüringen, Anhalt und schließlich jede Provinz oder Stadt für sich ebenfalls das Recht nähme, zu prüfen, ob das, was die Reichsregierung vereinbart, „annehmbar" ist oder nicht? Nach allem, was aus Bayern bekannt ist, muß damit gerechnet werden, daß Bayern aus „praktischen" Gründen seine eignen Wege zu gehen versucht, wenn das Ruhrabenteuer liquidiert wird. Knilling hat zwar in seiner Rede den Gedanken einer Loslösung Bayerns „weit von sich gewiesen". Was er darunter versteht, hat er gleich darauf auseinandergesetzt. Er sprach von der Gefahr einer „Linksregierung" im Reich, und dann habe Bayern die Aufgabe, „den Reichsgedanken hochzuhalten, die Reichsfeinde seien dann im andern Lager".

Wie in Bayern üblich, warf Knilling Kommunisten und Sozialdemokraten, Marxismus und Bolschewismus durcheinander wie Kraut und Rüben und rief gegen die „marxistische Gefahr", d. h. gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, die Vaterländischen Verbände auf. Es könnten schon in Bälde Ereignisse eintreten, die ein Zusammenfassen aller „vaterländisch eingestellten Kräfte" gebieterisch erheischen.

Es wird Zeit, daß sich die deutsche Arbeiterschaft auf die „in Bälde bevorstehenden Ereignisse" einrichtet. —

Haß über das Grab hinaus.

Vor toten Gegnern senken anständige Politiker die Fahnen. Mindestens müßte Haß und Verleumdung schweigen am Grab eines Idealisten wie Wilhelm Pfannkuch, der, frei von jedem Egoismus, sein Leben lang unermüdlich für die Enterbten wirkte. Das hält die ehemalige konservative „Kreuzzeitung", jetzt „Neue Preußische Zeitung", nicht davon ab, unserm alten Vorkämpfer folgende Gemeinheit nachzurufen:

> Pfannkuch war einer derjenigen Internationalen, die in der Vorkriegszeit durch unermüdliche Volksverhetzung die rote Saat ausstreuten, die im Kriege zur Reife kam und das deutsche Volk durch die Revolution in Not und Elend stürzte.

Für Wilhelm Pfannkuch ist es sicher ein unerträglicher Gedanke gewesen, von Leuten der „Neuen Preußischen Zeitung" nach seinem Tode gelobt zu werden. Er kann ruhig schlafen. Der Nachruf aus den Kreisen der Verderber Deutschlands zeigt der Arbeiterschaft nur noch deutlicher, daß Wilhelm Pfannkuch im Befreiungskampf des Proletariats ein unerschrockener und unermüdlicher Bannerträger war. Daher der Haß der Finsterlinge selbst an seinem offenen Grabe. —

Dollar letzter Kurs in Neuyork 111111000 Montag mittag zirka **145000000**

Meldungen von der Ruhr.

Ende der Verkehrssperre.

Die Stadtverwaltung Recklinghausen hat eine Mitteilung des französischen Kommandanten erhalten, nach der die Verkehrssperre in der Nacht vom 15. zum 16. September aufgehoben wird. Die gleiche Mitteilung macht die französische Kontrollstation Vohwinkel. Die Beschränkungen in den Gleisanlagen auf Bahnhof Vohwinkel sollen nicht aufgehoben werden. Kontrollaufenthalte sind vorgesehen für Schnellzüge 30 bis 40 Minuten, für Eilzüge 40 bis 50 Minuten, für Personenzüge 60 Minuten, erforderlichenfalls länger.

Die Kontrollstellen in Lennep und Wipperfürth sind ebenfalls von den Franzosen verständigt worden, daß die Sperre in der Nacht zum 16. September aufgehoben wird. —

Zechenbesetzung und Proteststreik.

Am Freitag besetzten die Franzosen die Zeche Consolidation bei Gelsenkirchen. Vier Betriebsführer wurden verhaftet. Nach einer Anzahl höherer Beamten wird gesucht. Die Verhaftungen erfolgten, weil die Kohlenhalden, die von den Franzosen beschlagnahmt waren, verschwunden sind. Die Belegschaft trat in einen Proteststreik. —

Französischer Ministerbesuch.

Aus Paris wird gemeldet: Le Trocquer, der Minister für öffentliche Arbeiten, reist nach dem Ruhrgebiet. Er gedenkt sich dort 2 Tage aufzuhalten und die in die französische Regie übernommenen Kokereien und Zechen zu besichtigen. —

Die „Kölnische Zeitung" verboten.

Die „Kölnische Zeitung" teilt in ihrer Sonntagsausgabe mit, daß ihr Erscheinen durch Verfügung der Interalliierten Rheinlandkommission auf drei Tage verboten worden ist. Der Grund des Verbots wird nicht angegeben. —

Verbandstag der Landarbeiter.

Allen schlechten Zeitverhältnissen zum Trotze findet die beabsichtigte Tagung der 3. Generalversammlung des Deutschen Landarbeiterverbandes in Magdeburg im „Klosterbergegarten" statt. Der Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes erstreckt sich über die Zeit von 1920 bis Anfang 1923. Die Mitgliederbewegung zeigt folgendes Bild: Ende 1919 624 000, Ende 1920 680 000, Ende 1921 626 000, Ende 1922 499 107. Der Verlust ist bedauerlich, ihm kommt aber eine weit andre Einschätzung zu, als wenn er bei andern Gewerkschaften eingetreten wäre. Der Deutsche Landarbeiterverband gehört bekanntlich zu der Reihe derjenigen Organisationen, die ihre jetzige Stärke der Revolution verdanken. Geradezu stürmisch war der Aufstieg des Verbandes. Aus rund 8000 Mitgliedern am Schlusses des Krieges wurden weit über 600 000 im Jahre 1919. Jeder einigermaßen mit der Gewerkschaftsbewegung vertraute Mensch wird zugeben müssen, daß bei einer solchen, geradezu sensationellen Entwicklung Rückschläge nicht ausbleiben können. Sie sind wesentlich geringer als sie der stärkste Pessimismus erwartet hätte.

Die Verbandskasse hat für die Zeit von 1920 bis 1922 rund 620 Millionen (Papier-) Mark an Einnahmen und rund 580 Millionen Mark an Ausgaben zu verzeichnen. Ueber die Streik- und Lohnbewegungen liegt eine umfassende Darstellung nur aus 1922 vor. Für die andern Jahre mußte von der Verfertigung solcher Darstellungen Abstand genommen werden, weil es die starke Arbeitsüberlastung der Organisation nicht gestattete, Kräfte für diesen Zweck freizustellen. Nach der genannten Darstellung sind im Jahre 1922 1322 Lohnbewegungen geführt worden, die sich auf rund 235 000 Betriebe erstreckten. Davon sind 1264 Fälle in rund 230 000 Betrieben ohne Arbeitseinstellung und 58 Fälle in rund 5500 Betrieben mit Arbeitseinstellung geregelt worden. Rund gerechnet waren an sämtlichen Bewegungen 2½ Millionen Personen beteiligt. Für 150 000 Personen wurde durch die Bewegungen eine Arbeitszeitverkürzung von mehr als 40 000 Wochenstunden erzielt. Ohne Arbeitseinstellung wurde eine Lohnerhöhung für 2½ Millionen direkt beteiligte Personen von rund 3½ Milliarden Mark erreicht. Auf den Kopf der männlichen Personen entfallen hiervon 2202 Mark und auf den der weiblichen Personen 400 Mark pro Woche. Was sind, unter Berücksichtigung des Wertes der Mark im Jahre 1922, sehr beachtenswerte Summen. Die Bewegungen mit Arbeitseinstellung ergaben eine Lohnerhöhung von mehr als 5 Millionen Mark pro Woche.

Diese Uebersicht gibt nur ein knappes Bild von der angestrengten Tätigkeit des Verbandes und seiner Organe, sowie von dem Erfolg der Bemühungen. Alle Kräfte der Organisation mußten eingesetzt werden, um zu erreichen, daß die Einkommensverhältnisse der Land- und Forstwirtschaft einigermaßen den Zeitverhältnissen angepaßt bleiben. Wenn es trotzdem nicht gelungen ist, eine Verschlechterung der Lebensverhältnisse abzuwehren, ist hierfür die Wucht und Schwere verantwortlich zu machen, mit denen die Zeitverhältnisse über uns hereinbrechen. Schuld hieran hat auch die Teilnahmlosigkeit weiter Kreise der Landarbeiterschaft an der Existenz einer ihre Interessen wahrnehmenden freigewerkschaftlichen Landarbeiterorganisation. Würde hier bald ein Umschwung eintreten, wäre viel gewonnen. —

Notizen.

Reichsbankdiskont 90 Prozent. Die Reichsbank hat am Sonnabend den Diskont auf 90 Prozent erhöht. Damit ist sie einer seit Wochen allgemein erhobenen Forderung nachgekommen. Zum erstenmal tritt nach den neuen Bestimmungen eine Teilung des Diskonts ein. Der Lombardzinsfuß ist auf 10 Prozent herabgesetzt, da der ganze Lombardverkehr auf eine wertbeständige Grundlage gestellt worden ist, die natürlich den alten Zinsfuß nicht mehr verträgt. Inzwischen macht sich wieder eine starke Inanspruchnahme von Papiermarkkrediten, besonders in der Provinz, bemerkbar. Da die Privatbanken heute schon pro Tag einen Diskontsatz nehmen zwischen 2½ und 3½ Prozent, muß verlangt werden, daß sich der Reichsbankdiskont unverzüglich diesen Sätzen angleicht, damit weiterer Mißbrauch der Papiermark-Kredite, soweit sie noch gegeben werden, verhindert wird. —

Ergebnis der Goldanleihe. Das vorläufige Ergebnis der Goldanleihe beträgt rund 75 Millionen in Gold. Da der Dollar wieder anzieht, ist bis zum 18. September, wo die Anleihezeichnungen geschlossen werden, sehr wahrscheinlich mit einer weitern Erhöhung zu rechnen. Im allgemeinen wird das Ergebnis als günstig bezeichnet, besonders in Hinsicht auf die verkürzte Frist und die Auswirkung der Inflation, die der Geldflüssigkeit Abbruch tat. Die Anleihe soll nach Zeichnungsschluß sofort an der Börse gehandelt werden. Bei den Girozentralen und bei den ihnen angeschlossenen Sparkassen und Sparstellen werden Goldkonten auf Basis der Anleihe fortlaufend errichtet. Die Anleihe wird an jedem Wochentag mit Ausnahme vom Sonnabend notiert, wodurch sie den Devisen gleichgestellt wird. —

Die Fleischversorgung. Die Koalitionsparteien haben im Landtag einen Antrag eingebracht, das Staatsministerium zu ersuchen, dahin zu wirken, daß durch umfangreiche, freiwillige Schlachtungen des Weidefettviehs in der Zeit des Spätherbstes und durch sachgemäße Aufbewahrung dieser Fleisch- und Fettmengen in geeigneten Kühlräumen die Fleisch- und Fettversorgung der Großstädte während der Monate März, April und Mai nach Möglichkeit sichergestellt wird. —

Depeschen.

Eisenbahnunglück in Jöhlingen.

Wb. Karlsruhe, 16. September. Gestern abend entgleiste bei der Einfahrt in den Bahnhof Jöhlingen vom Personenzug 318 der viertletzte Personenwagen. Getötet wurde ein männlicher Reisender, dessen Person noch nicht festgestellt ist. Schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt wurden zwei weibliche Personen. Der Verkehr ist nicht gestört. —

Straßenbahnsperre.

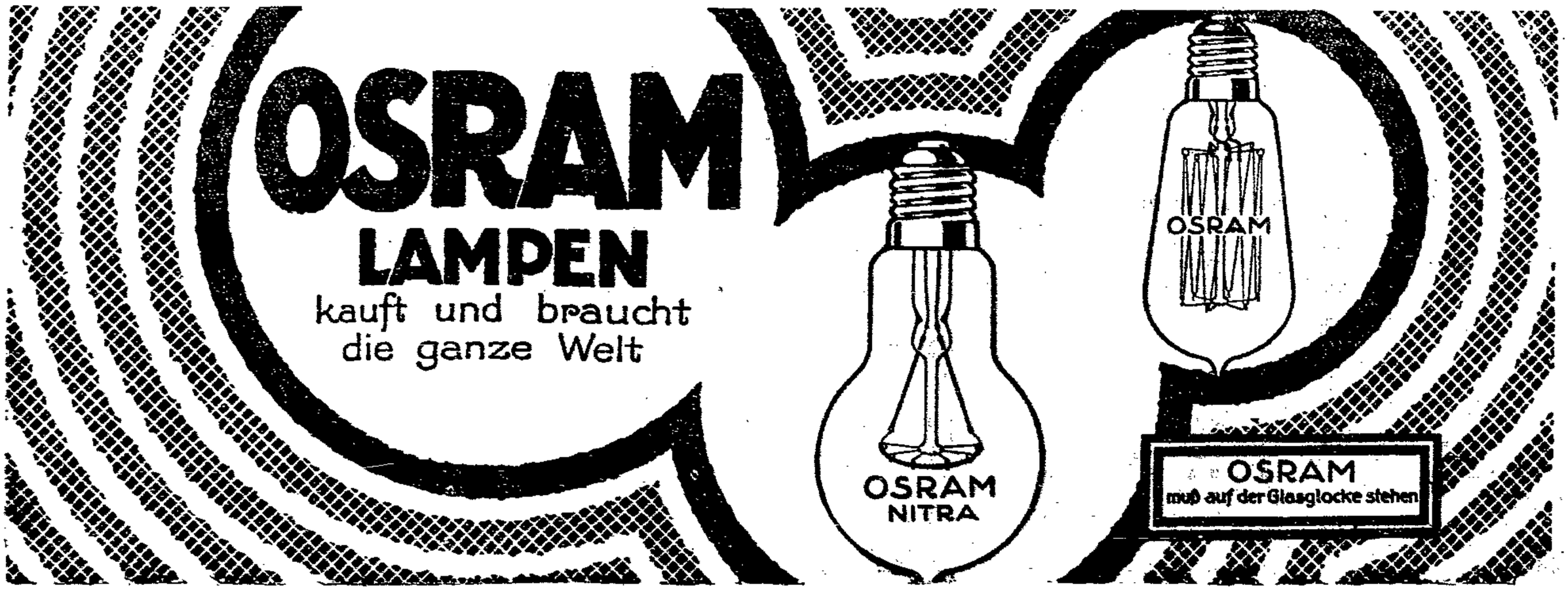
Wb. Essen, 17. September. Die Franzosen verboten ohne Angabe von Gründen den Straßenbahn- und Autoverkehr auf der Strecke Essen—Katernberg. Die Straßenbahnlinien, die auf der Strecke Essen—Gelsenkirchen verkehren, mußten einfahren. Die Verfügung gilt bis auf weiteres. Desgleichen wurde der Straßenbahn-, Auto- und Personenverkehr in Kray verboten. Die Straßenbahnlinie Steele—Gelsenkirchen der Bochum-Gelsenkirchner Straßenbahn mußte ebenfalls stillgelegt werden. Die Gründe sind auch in diesem Falle noch unbekannt. —

Neue Erdstöße in Japan.

Wb. London, 16. September. Reuter meldet aus Tokio: Während der letzten 24 Stunden wurden mehrere starke Erdstöße verspürt. Einige beschädigte Häuser stürzten infolgedessen vollends zusammen. —

Das spanische Parlament aufgelöst.

Wb. Madrid, 17. September. Der König hat ein Dekret betreffend die Auflösung des Parlaments unterzeichnet.



Dixin Henkel's Seifenpulver

das Seifenpulver für jedes Waschverfahren. Größte Ergiebigkeit!

Amtliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung.
Oeffentliche Aufforderung zur Zahlung der Gewerbesteuer und der Betriebssteuer für das Vierteljahr Juli—September 1923.

Nach Artikel II § 1 der Pr. Gesetzes zur Regelung verschiedener Fragen des kommunalen Abgabenrechts vom 8. 8. 1923 (G.-S. S. 377) in Verbindung mit der Verordnung des Staatsministeriums betr. Anpassung der Steuern an die Geldwertänderung vom 1. September 1923 (G.-S. S. 429) ist auf die demnächst noch endgültig zu veranlagende Gewerbe- und Betriebssteuer **für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1923 eine Vorauszahlung in Höhe des 250mal 6fachen gleich 1500fachen (Fünfzehnhundertfachen) des Jahresbetrags für das Rechnungsjahr 1922** (1. 4. 1922 —31. 3. 1923) zu zahlen. **Die Steuerpflichtigen werden ersucht, den sich danach ergebenden Betrag bis zum 30. September 1923 an die Ortssteuerkasse abzuführen,** u. zwar entweder durch Ueberweisung auf ihr Girokonto bei der städt. Sparkasse oder auf das Postscheckkonto der Ortssteuerkasse Nr. 3118 beim Postscheckamt Magdeburg. Bei den Ueberweisungen ist die Hebebuchnummer von 1922 anzugeben, bei Barzahlungen, die möglichst zu vermeiden sind, sind die beiden Steuerzettel des Vorjahres vorzuzeigen. **Besondere Steuerzettel werden nicht versandt.** Die Vorauszahlung wird später auf die endgültig veranlagte Steuer verrechnet. Bleibt die endgültige Veranlagung hinter der Veranlagung des Vorjahrs zurück, so wird der überzahlte Betrag dem Steuerpflichtigen erstattet.

Werden die Vorauszahlungen nicht bis zum 30. September geleistet, so ist nach Artikel III § 1 des obengenannten Gesetzes für jeden auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden angefangenen Kalendermonat ein Zuschlag von 15 v. H. des Rückstandes zu zahlen, ungeachtet der fällig werdenden **Mahngebühren,** deren Mindestbetrag z. Zt. 150000 Mark beträgt.

Burg, den 13. September 1923.

Der Magistrat.

Nachtrag zum Ortsstatut für die Stadt Burg betr. das Gewerbegericht zu Burg vom 16. August 1922.

An Stelle des § 33 Abs. 2 und 3 des Ortsstatuts tritt folgende Vorschrift:

Die Höhe der Gebühr ist nach den jeweiligen Vorschriften des Gewerbegerichtsgesetzes zu berechnen. Die Abänderung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung dieses Nachtrags in Kraft.

Burg, den 4. August 1923.

Der Magistrat. Schmelz.

Vorstehender Nachtrag zum Ortsstatut wird genehmigt.

Magdeburg, den 31. August 1923.

(L. S.) Namens des Bezirksausschusses.
Der Vorsitzende. J. V.: Unterschrift.
B. A. Nr. 2545.

Veröffentlicht.
Burg, 12. Sept. 1923. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung
betreffend Schornsteinfegergebühren.

Gemäß Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten wird vom 1. September 1923 an die Kehrlohntaxe und die Wegegebühren um das 20000fache der Taxe vom 1. Oktober 1922 erhöht.

Burg, den 11. September 1923.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung
betr. Viehseuchen-Entschädigungsumlage.

Infolge des gewaltigen Anziehens der Viehpreise und der noch voraussichtlich noch weiter zu erwartenden Steigerung nehmen die Viehseuchen-Entschädigungsbeträge eine derartige Höhe an, daß es dem Viehseuchen-Entschädigungsverband nicht mehr möglich ist, die notwendigen Kredite für die zu leistenden Zahlungen zu beschaffen. Infolge Knappheit von flüssigen Mitteln konnte einzelnen Tierbesitzern nicht sofort gezahlt werden. Um dieses bei der fortschreitenden Geldentwertung zu vermeiden, hat der Provinzialausschuß vom 30. August 1923, unter Zugrundelegung der derzeitigen Bewertungen der Tiere, beschlossen, eine weitere Vorschußumlage zu erheben. Der Einheitssatz beträgt: für ein Pferd 112300 Mark, für ein Rind 99000 Mark, für ein Schaf 4200 Mark. Die von den Tierbesitzern zu zahlenden Beträge werden nach der Hebeliste vom 4. Juli d. J., welche in der Zeit vom 5. bis 18. Juli im diesseitigen Geschäftszimmer zur Einsichtnahme ausgelegen hat, ermittelt. Die Einziehung der Beiträge erfolgt in den nächsten Tagen durch meine Vollziehungsbeamten.

Burg, 15. Septbr. 1923. **Die Polizeiverwaltung.**

Mittwoch und Donnerstag findet eine Spülung des Leitungsnetzes statt; die dadurch hervorgerufene Trübung des Wassers ist nur vorübergehend. Vorherige Wasserentnahme wird empfohlen.

Schönebeck, den 15. September 1923.

Der Magistrat.

Sämtliche [illegible], sehr schwerhörigen, blinden [illegible], sehr schwachsinnigen Kinder aus Schönebeck, Groß-Salze und Frohse sind [illegible] Befreiung bis spätestens 22. d. M. Rathaus, Zimmer 17, anzumelden.

Schönebeck, den 15. September 1923.

Der Verbandsvorsteher.

Parteivereinen u. Gewerkschaften
empfehlen wir zur Zusammenstellung von
Bibliotheken
Geschichtswerke, Partei- und Gewerkschafts-Literatur, Romane, Novellen, Naturgeschichte u. a. m.
Buchhandlg. Volksstimme
Magdeburg, Gr. Münzstr. 3.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Altstadt.

[illegible]

Magdeburg-Neustadt.

[illegible]

Grade bleibt Grade

In der am 16. September 1923 ausgetragenen Motorrad-Zuverlässigkeitsfahrt **Herbstfahrt „Nordwest"** auf der 16 Kilometer langen Rundstrecke Querum-Bevenrode-Bechtsbüttel-Bienrode-Querum, die **10 mal** zu durchfahren war, bewies das

Grade-Leicht-Motorrad

wiederum seine grosse Leistungsfähigkeit, indem es, wie gewohnt, trotz schwerster Konkurrenz den

I., II. und III. Preis

errang. — Ein

Doppelsieg

wurde durch die Teilnahme an der am Vormittag des gleichen Tages vom Motor-Sportverein Braunschweig ausgetragenen Klubmeisterschaft erzielt, indem die ausser Konkurrenz mitgestarteten Grade-Fahrer den

I., II. und III. Preis

erhielten. — Derartige Siege beweisen immer wieder die **glänzende Ueberlegenheit bei höchster Geschwindigkeit und unbedingter Zuverlässigkeit** des Grade-Leicht-Motorrades.

Grade-Motorwerke A.-G. Magdeburg

Aeltestes Spezialwerk für den Zweitaktmotorenbau

Fernsprecher 6420-6424 Telegramm-Adresse: Grademotorwerke

Unser zweites Angebot!

E. T. A. Hoffmanns Werke.

Ausgabe in 4 Bänden. Guter, fester Pappeinband.
Mit Originalzeichnungen von Professor Fahrenkrog.
E. T. A. Hoffmann war einer der
größten Romantiker
des 19. Jahrhunderts.
Aus dem Inhalt:
Klein Zaches, Meister Floh, Die Elixiere des Teufels, Das Fräulein v. Scuderi, Das Majorat, Der goldene Topf und Prinzessin Brambilla.
Diese vier Bände mit den spannenden Erzählungen geben wir zum **Ausnahmepreis von 10 Mark Grundpreis ab.**
Das Werk kann auch in Grundzahlenraten bezogen werden.
Schlüssel 12 000 000

Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg, Grosse Münzstrasse 3.

Ankauf
Fahrräder
u. sämtl. Ersatzteile kauft zu hohem Preis
Voigt, Papenstr. 15.

Mauser-Pistolen 7,63
mit Kasten 5 1/4 Dollar, Prismengläser und 08 kauft
Schoel, Berliner Straße 1a. Telephon 7623.

Schaf-Wolle!!
Strumpf-Abfälle
kauft und tauscht sofort gegen Strickgarn und Stoffe 1518
Fritz Jürges
Lödischehofstr. Nr. 7, 6. Haus v. Alten Markt.
— Fernsprecher 6383 —

Frauenhaar
Kilo 12 Million Mark
zahlt nur **Zopf-Plückthun**
Breitew. 246, a. d. Trainkas.

K.L. Bis einschl. Donnerstag!
Kammer-Lichtspiele
Die letzte Episode des herrlichen Filmwerks
Mit Stanley im dunkelsten Afrika
Durch Nacht zum Licht
Der Film enthält das Ende der Expedition, die Vereinigung von Nadia und Jack.
Lon Chaney
der in dem Film „Das Rätsel von San Franzisko" die Rolle des Amputierten spielte und einmütigen Beifall erzielte, spielt die Hauptrolle in dem Film
Die Todeskarte
die Geschichte eines Attentats, die Sie mit atemloser Spannung verfolgen werden.
Beginn: Werktags tägl. 3½ Uhr. Sonntags . . . 3 Uhr.

Deutscher Baugewerksbund
Baugewerkschaft Magdeburg.
Achtung, Baudelegierte!
Dienstag, 18. September, nachm. 5 Uhr
Sitzung
bei Holz, Tischlerkrugstraße.
Jede Baustelle muß vertreten sein. 294
Mittwoch, 19. September, nachm. 5 Uhr
Mitgliederversammlung
im Wilhelmspark.
Tagesordnung: Bericht über die Lohnverhandlungen.
Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Magdeburg. 288
Mittwoch, 19. September, abends 7 Uhr, im Kristallpalast, Leipziger Straße
Außerordentliche Mitgliederversammlung
der Mitglieder aller zur Verwaltungsstelle Magdeburg gehörenden Bezirke und Branchen.
Tagesordnung: Vortrag über
Wirtschaftspolitische Fragen.
Referent: Kollege A. Brandes.
Mitgliedsbuch ist mitzubringen.
Tarife der Klempner, Installateure, Heizungsmonteure und Elektromonteure können abgeholt werden.
Die Verwaltung.

Der Bezirk Braunschweig der S.P.D. sucht zu sofort einen
Sekretär
für die Agitations- und Verwaltungsarbeiten. Nur solche Mitglieder der Partei, die über die nötige Erfahrung auf diesen Gebieten verfügen und mit den Parteieinrichtungen vertraut sind, wollen ihre Bewerbung bis 23. September 1923 an das Bezirkssekretariat der S.P.D., Braunschweig, Schloßstraße 8, 1 Tr., senden. 329
Der Bezirksvorstand.

Homöop. Kranken-Behandlung
E. Altmann, Große Münzstraße 4, 1 Tr.
Gegen alle Krankheiten. 1507
Sprechzeit 9—1, 3—6 Uhr, Sonntags 11—1 Uhr.

Beinschäden
Salbe
[illegible]
Hof-Apotheke
[illegible]

[illegible]

Photo-Apparate
[illegible]

Arbeitsmarkt
[illegible]

Tiermarkt
[illegible]

Walhalla-Lichtspiele
Ganz Magdeburg ist voll des Lobes über den schönsten Film höchster Leidenschaften
Frauenschicksal mit **Marcella Albani**
Frauenschicksal mit **Karl Auen**
Frauenschicksal mit **Ludwig Hartau**
Frauenschicksal mit **Ernst Hofmann**
Frauenschicksal mit **Maria Forescu.**
Ferner: Der spannende Detektivfilm
Tod dem Verräter.
Im Mittelpunkt des Glanzes stehen zweifellos die unerreicht vollendetsten musikalischen Darbietungen unsrer Hauskapelle unter bewährter Leitung des Herrn Kurt Hillmer.
Fabelhafte Vorführung, wohl die beste am Platze.
Spielzeit: Wochentags 6 Uhr.

Bis einschließlich Donnerstag
Der große Welterfolg
Polikuschka
Das Drama der Leibeigenschaft nach Leo Tolstoi.
Der schönste Film der Gegenwart.
Außerdem:
Eine Groteske im Schnee
Der Meisterspringer von Nürnberg
Man wird Tränen lachen!
Fili
Wochentags 6½ Uhr
Sonntags 3½ Uhr
281

P.L. Lichtspielhaus Panorama
Ein Lebensbild von erschütternder Tragik, fesselnd in der Idee, vollendet im Spiel, ist unser neuer Film
Verspielt
Eine Meisterleistung der Kinematographie.
Bis einschließl. Donnerstag.
Außerdem
Leidendes Land
Ein Film der Liebe zur Heimat.
Beginn: Werktags 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Städtische Theater
Stadt-Theater
Dienstag, 18. September
8. Anrechtsabend
Lohengrin.
Anf. 6½, Ende 10½ Uhr.
Wilhelm-Theater
Dienstag, 18. September
Vorst. für d. Volksbühne
Was Ihr wollt
Anf. 7½, Ende 10 Uhr.

Hofjäger
Vom 17. bis einschl. 22. September
erstkl. Varieté der
Troisi-Tour
m. Gastspiel
Viktor Ritter
Vorv. Verkehrsbureau

Zentral
7½ Täglich 7½
Madame Flirt
Oper. u. Walt. Bromme
3½ Sonntags 7½

Lehrlingsgesuche
haben den besten Erfolg in der
Volksstimme

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 18. September 1923.

Vorläufige Lohnreglung im Baugewerbe.

Vom Deutschen Baugewerksbund wird uns geschrieben: Da eine Verständigung mit den Bauarbeitgebern über die zu zahlende Lohnhöhe bisher nicht zu erzielen war, fand nochmals auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums am Montag eine Lohnverhandlung statt. Das Ergebnis dieser Verhandlung ist folgendes:

Die Tarifgemeinschaft der vier Bauarbeitgeberverbände des Baugewerbes Sachsen-Anhalt zieht den Antrag auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs des Bezirkslohnamts vom 10. September zurück. Die Parteien vereinbaren folgendes:

Am Donnerstag den 20. d. M. soll das Bezirkslohnamt in Halle zusammentreten und 1. prüfen und entscheiden, ob und inwieweit die durch Spruch vom 10. September getroffene Lohnreglung zu ändern ist; 2. die Löhne für die Woche vom 15. bis einschließlich 21. September zu regeln.

Die Arbeitnehmervertreter erklären sich mit dem Vorschlag der Arbeitgebervertreter einverstanden, wonach am Dienstag den 18. September, spätestens aber am Mittwoch den 19. September außer dem sich nach dem Lohnsatz des Schiedsspruchs vom 10. September ergebenden Restbetrag an jeden Arbeitnehmer noch eine Summe von 100 Millionen als Vorschuß zur Auszahlung zu bringen ist.

Bauarbeiter, welche die Vorschußsumme nicht erhalten, haben dies sofort ihrer zuständigen Vereinsleitung mitzuteilen. —

Erwerbslosen-Unterstützung.

Vom 4. bis 10. September 1923 gelten folgende Unterstützungssätze für Erwerbslose:

1. für männliche Personen:	
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben	7 500 000 Mk.
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben	6 000 000 Mk.
c) unter 21 Jahren	4 500 000 Mk.
2. für weibliche Personen:	
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben	6 000 000 Mk.
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben	5 000 000 Mk.
c) unter 21 Jahren	3 500 000 Mk.
3. als Familienzuschläge für:	
a) den Ehegatten	2 750 000 Mk.
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	2 250 000 Mk.

Ringkämpfe mit Logik.

In einer großen öffentlichen Volksversammlung im „Hohenzollernpark" buhlten am Montag die Kommunisten um die Gunst des Mittelstandes. An Stelle des angekündigten und nicht erschienenen Landtagsabgeordneten Schumann versuchte der kommunistische Parteisekretär Kreuzburg den (ebenfalls nicht erschienenen) Mittelständlern klarzumachen, daß ihre einzige Rettung bei den Kommunisten liegt.

Der in der ersten Hälfte äußerst nüchternen Rede fehlten nicht die programmatischen Ausfälle auf die Sozialdemokratie. Dann kamen Ausflüge in graues Nebelland und Vergewaltigungen des gesunden Menschenverstandes. „Steuerkrieg ist Unglück" und „neuer Krieg ist Rettung" sagte der Kommunist in ein und derselben Rede, wenn auch etwas verschleiert. Er warnte vor der Kriegsgefahr, als er sich mit dem gefährlichen Treiben der Fascisten beschäftigte. Denn ein neuer Krieg, ob er nun in Deutschland oder in Frankreich ausgetragen würde, bringt neue Verwüstungen und verstärktes Elend. Aber wenn erst die Arbeiter- und Bauernregierung gebildet ist und sich in inniger Verbindung mit Sowjetrußland Kampforgane geschaffen hat, dann will man dem Poincaré stolz erklären: „Wenn du nun noch Reparationen willst, dann hole sie dir." Vorher aber will die Arbeiter- und Bauernregierung ebenfalls Reparationen leisten und verhandeln.

So ging es zwei Stunden lang. Ein Weg aus dem Elend wurde nicht gezeigt. Ein anscheinend kommunistischer Diskussionsredner, dem der Redner nicht blutig genug gesprochen hatte, stellte ebenfalls fest, daß kein gangbarer Weg gewiesen worden ist. Er fragte: Wo beginnt denn nun der Weg aus dem Elend? Die Antwort im Schlußwort war: „Er beginnt bei euch." Ergriffen von so viel politischer Weisheit in vier Worten ging die Versammlung dann auseinander. Vorher hatte der Versammlungsleiter noch mitgeteilt, daß ein Betriebsrätekongreß für Magdeburg-Anhalt in den nächsten Wochen tagen soll. Unsre Genossen in den Betrieben mögen sich vor Ueberraschungen sichern. —

— **Die Postschalter** bleiben am 19. September, dem Tage vor Eintritt der neuen Postgebührenerhöhungen bei den Postämtern 4 (Ratswagenplatz), Buckau, Neustadt und Sudenburg bis 9 Uhr abends, bei den Postämtern 1 (Breiteweg 203/206) und 3 (Hauptbahnhof) bis 12 Uhr nachts zur Barfreimachung gewöhnlicher Briefsendungen geöffnet. Der Mangel an hochwertigen Postwertzeichen ist leider noch nicht behoben. —

— **Viehzählung.** Am 1. Oktober findet nach den Anweisungen des Staatskommissars für Volksernährung in Preußen eine Zählung von Rindvieh, Schafen, Schweinen und Ziegen statt. Eine Verwendung der Angaben für Steuerzwecke ist nicht gestattet. —

Vereinigte sozialdemokratische Partei.

Republikanische Notwehr. Heute Dienstag den 18. September, abends 6 Uhr, Besprechung der Abteilungsführer in Freddrichs Festsälen.

Republikanische Notwehr, Abt. Wilhelmstadt. Heute Dienstag abend pünktlich 6½ Uhr ganz kurze, aber sehr wichtige Besprechung. Keiner fehle.

— **Neuer Milchpreis.** Auf Grund der Butternotierung vom 15. und 17. September mit 27 bzw. 31 Millionen wird entsprechend dem Beschluß des Milchpreisausschusses für Mittwoch und Donnerstag dieser Woche der Erzeugerpreis für 1 Liter molkereimäßig behandelte Vollmilch ab Versandstation auf 2,9 Millionen Mark festgesetzt. Für gewöhnliche Milch beträgt der Erzeugerpreis ab Hof 2 822 000 Mark, ab Versandstation 2 848 000 Mark pro Liter. Die Kleinhandelsspanne muß infolge der achtfachen Erhöhung der Frachtsätze ebenfalls erhöht werden, und zwar um 250 000 Mark auf 1 200 000 Mark. Der Kleinverkaufspreis beträgt also 4.1 Millionen Mark. Für Flaschenmilch kann ein Aufschlag von 200 000 Mark für das Liter genommen werden. —

— **Milch wird verfüttert.** In der „Genthiner Zeitung" teilt ein bürgerlicher Stadtverordneter mit, daß auf dem Rittergut Hohenbellin, das zur Milchlieferung an die Stadt Genthin verpflichtet ist, eine Zeitlang täglich an das Vieh 400 Liter Milch verfüttert wurden. Auch jetzt erfolgt die Milchlieferung nur zwangsweise. Kinder und Kranke in den Städten müssen darben, sie bekommen keine Milch, weil die Agrarier ihr Vieh mit Milch füttern, oder so willkürlich hohe Preise nehmen, daß der größte Teil der kinderreichen Familien keine Milch mehr kaufen kann. —

— **Gas- und Strompreise.** Die Veröffentlichung der für die Rechnungen und Zwischenerhebungen der folgenden Woche maßgebenden Gestehungskosten für Gas und Strom kann erst am Sonnabend erfolgen, da die Arbeitslöhne erst am Donnerstag dieser Woche festgesetzt werden.

— **Kartoffeln zur Wintereinkellerung.** Vom Ende der kommenden Woche an — der Tag wird noch näher bekanntgegeben — werden unter Aufsicht des Magistrats am Hauptbahnhof, Bahnhof Buckau, Sudenburg und Neustadt sowie vom Konsum- und Warenverein Kartoffeln zur Wintereinkellerung zentnerweise verkauft werden. Auf diese Möglichkeit der Kartoffelbeschaffung sei schon jetzt hingewiesen.

— **Achtung, Metallarbeiter V. S. P. D.** Am Mittwoch, abends 7 Uhr, spricht Kollege Alwin Brandes im „Kristallpalast" in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung. Wirtschaftliche Fragen lautet das Thema, das er behandeln wird. Ein ganz zeitgemäßes Thema, und deshalb ist es Pflicht jedes Metallarbeiters, in die Versammlung zu kommen. Ganz besonders sei darauf hingewiesen, daß ein Trinkzwang nicht besteht. —

— **Elektrische und Notgeld.** Von Benutzern der Straßenbahn wird darüber Klage geführt, daß die Schaffner — nach Anweisung der Direktion — kein Notgeld Magdeburger Firmen annehmen. So wurde am Dienstag ein Schein der Firma Wolf abgewiesen. Die Arbeiter und Angestellten, die dieses Geld bei der Lohnzahlung bekommen, müssen danach zu Fuß gehen, wenn sie andre Noten nicht haben. Hat die Straßenbahn so viele Fahrgäste, daß sie auf solche erhebliche Anzahl täglich verzichten kann? —

× **Auf frischer Tat** beim Fahrraddiebstahl in einem Bankgeschäft ertappt und festgenommen wurde der wohnungslose Kutscher Walter Wicht. —

— **Die Angestellten zur Abschlagszahlung und Kurzarbeit.** In einer stark besuchten Sitzung der Betriebs- und Angestelltenräte und Verbandsvertrauensleute des Zentralverbandes der Angestellten im Handelsgewerbe gab der Gewerkschaftsvertreter Bach vom Z. d. A. Bericht über die Verhandlungen über Abschlagszahlungen und Wertbeständigkeit der Gehalte. Die bisherigen Abschlagszahlungen haben im Werte sehr verloren, da die Arbeitgeber diese Beträge meistens erst nach 1 Woche auszahlten und die Angestellten nur einen Prozentteil der Veinbarung erhielten. So darf es nicht weitergehen, die Vereinbarung muß sofort erfüllt werden, sonst sind Abschlagszahlungen bei dieser täglichen Geldentwertung zwecklos. Eine neue Vereinbarung sei bereits beschlossen, wonach möglichst umgehend bis Sonnabend den 22. September eine Zahlung von vier Augustgehalten zum Austrag kommen soll. Die Vorschläge der Arbeitgeber, Friedensgehalte zu ganz geringen Sätzen als Grundlage der Berechnung zu nehmen, wurden abgelehnt. Der Schlichtungsausschuß wird am Freitag eine Entscheidung treffen. Die Frage der Kurzarbeit, die im Handelsgewerbe zum 1. Oktober angesagt wurde, zettigte eine lebhafte Aussprache. Der Verbandsvertreter wies darauf hin, daß, sollte Kurzarbeit eingeführt werden, die Betriebsräte mit den Geschäftsinhabern über die Durchführung verhandeln müssen. Nach § 78 des B.-R.-G. hat der Betriebsrat die Aufgabe, bei der Festsetzung der Arbeitszeit, insbesondere bei der Verlängerung und Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit mitzuwirken. Eine Aenderung der Arbeitszeit ohne Mitwirkung der Angestelltenvertretung ist unzulässig. Die Reglung dürfte der Einheitlichkeit wegen am besten zwischen den Organisationen vollzogen werden. Bestimmte Richtlinien wurden aufgestellt. Freitag den 21. September, abends 7 Uhr, im großen Apollo-Saal Angestellten-Versammlung. —

— **60 Millionen Mark** für die Altershilfe hat der Wohltätigkeitsverein „Hilfreich" dem Wohlfahrtsamt aus dem Ertrag seiner gut besuchten September-Theateraufführung übergeben. Am 3. und 6. Oktober finden im „Hohenzollernpark" zwei Theateraufführungen zum Besten der Pfeifferschen Anstalten statt. —

— **Vorzugskarten** für die Varietés-Vorstellungen der Troisi-Tour im „Hofjäger" werden an Gewerkschaftsmitglieder an der Konzertkasse der Buchhandlung Volksstimme kostenlos abgegeben. Inhaber solcher Vorzugskarte erhält an der Abendkasse eine Eintrittskarte zum halben Preise auf allen Plätzen. —

— **Heimreise der Ruhrkinder.** Die von der Arbeiterwohlfahrt hier untergebrachten Ruhrkinder treten am Donnerstag den 20. September die Heimreise an. Die Kinder sammeln sich am Donnerstag vormittag 11 Uhr im Bezirksbureau, Neue Theaterstraße 2. —

— **Gestohlen** wurden aus dem Pegelhäuschen an der Strombrücke ein braungestrichener Tisch mit verschiedenen Sachen zur selbsttätigen Pegelnotierung; aus einem Fleischerladen in der Peterstraße eine Rinderkeule und ein ausgeschlachtetes Kalb; aus einer Wohnung in der Listemannstraße ein gelber Damen-Flauschmantel, ein schwarzes Tüllkleid mit grünem Unterkleid, ein grauer Jünglingsanzug, ein Trauring (gez. M. A. 28. 10. 1897), rotkarierte und blaugeblümte Bettwäsche; aus einem Schuhgeschäft in der Jakobstraße 12 Paar Herren-Schnürschuhe mit Lackkappen, 12 Paar braune Kinderschuhe, fünf Paar Herren-Halbschuhe und vier Paar Damen-Lack-Spangenschuhe; aus einem Schaufenster in der Kölner Straße Bestecke, Löffel und Taschenmesser verschiedener Art, Rasier- und Haarschneideapparate; aus einem Keller in der Goethestraße zwölf Schlackwürste, ein großer Schinken, 10 Pfund Speck und eine geschlachtete Gans. —

— **Lebensmüde.** Der Landwirt Max H. aus Sch. bei Tangerhütte sprang in der Nacht zum Dienstag von der Strombrücke in die Elbe, weil er angeblich beim Verkauf seiner Wirtschaft betrogen worden ist. Von Passanten und Schiffern wurde der Lebensmüde dem nassen Element entrissen und mittels Krankenwagens dem Krankenhaus Altstadt zugeführt. Beim Herabspringen hat sich H. den rechten Fuß verstaucht.

Sozialistischer Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg.

Werbebezirk West: Arbeitsgemeinschaft am Mittwoch ½8 Uhr, nicht Dienstag. — **Jungsozialisten** am Freitag ½8 Uhr im Frankeheim.

Theater, Konzerte, Vorträge ꝛc.

Stadttheater. Wochenspielplan. Mittwoch (1. Abend) Fidelio. — Donnerstag (2. Abend): Zar und Zimmermann. —

Wilhelm-Theater. Wochenspielplan. Mittwoch (Vorstellung für die Volksbühne): Was Ihr wollt. — Donnerstag (Vorstellung für die Gesellschaft für Theater und Kunst): Die Braut von Messina. —

(Fortsetzung des redaktionellen Teils nächste Seite.)

Rasieren

Wenn beim Rasieren das Haar ausspringt, die Haut leicht wund wird oder Hautausschläge auftreten, so verwenden Sie zur Abhilfe die neue haarerweichende überfettete Rasierseife „Lecsira". Geringe Mengen erzeugen dichte Schaumfülle und intensive Haarerweichung. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen erhältlich.

Die mißbrauchten Liebesbriefe.

Erzählung von Gottfried Keller.

(6. Fortsetzung.)

Mit der ersten Post versandte sie den Brief und erhielt schon nach zwei Tagen eine Antwort von vier Seiten mit folgendem Beizettel: „Hier wäre der zweite Brief von mir, liebe Frau! Ich bin ordentlich stolz darauf, daß ich nun endlich das richtige Verfahren eingeschlagen; denn, ohne Schmeichelei, Du hast Dich vortrefflich gehalten! Aber nun nicht locker gelassen! Du siehst, daß ich schon tüchtig ins Zeug mit Dir gehe und vier Seiten mit lauter energischen Gedanken und Bildern angefüllt habe. Ich sage abermals nichts weiter, als: mach Dich dahinter! Die Müllers soll der Teufel holen, wenn ich nach Hause komme! Es hat mich gekränkt, was sie taten, und mir einen schönen Tag verbittert, wo ich die interessantesten Bekanntschaften gemacht! Ich habe vergessen, den ersten Brief zu unterzeichnen, schreibe doch darunter, aber genau: Kurt v. W. Oder laß es lieber bleiben, ich werde doch die ganze Sammlung nachher durchgehen."

Während der letzten zwei Tage hatte Gritli sich die Sache ernstlicher überlegt und beschlossen, mit Wilhelm abzubrechen. Sie wollte ihm noch zu rechter Zeit sagen, daß es sich um einen Scherz gehandelt habe, den sie ihm auf irgendeine Weise schon noch zu erklären gedenke; auch hatte sie durch das Abschreiben der beiden Briefe etwas Mut geschöpft und hoffte am Ende allein zurechtzukommen. Als sie aber das neue Geschreibsel in Händen hielt, ward es ihr rot und blau vor den Augen, und wenn sie bedachte, daß das nun fortschreitend immer toller werde, so gab sie jede Hoffnung auf und beeilte sich in ihrer erneuten Angst, die vier Seiten nur wieder abzuschreiben und an den bewußten Ort zu tun.

Wilhelm, welcher zwei schlimme Tage zugebracht hatte, weil er von seiner Dame nichts hörte oder sah, stürzte sich wie ein Habicht auf die Beute und stellte in weniger als einer Stunde eine Antwort her, welche an Schwung und Zärtlichkeit Viggis Kunstwerk weiter hinter sich ließ. Als Gritli dies abschrieb, fühlte sie sich tief bewegt und es fielen ihr sogar einige Tränen auf das Papier, denn dergleichen hatte ihr noch niemand gesagt. Fast wollte es sie bedünken, wenn sie an einen Menschen wie Wilhelm zu schreiben hätte, so würde ihr das Werk leichter, aber an Viggi? Sie gab nun jeden Gedanken auf, den Briefwechsel allein zu führen, und ließ den Dingen ihren Lauf, auf ihre List vertrauend, welche in der Not schon einen neuen Ausweg finden sollte. Diesmal fügte sie folgende Nachschrift hinzu: „Neues weiß ich von hier nichts zu melden als eine kleine närrische Geschichte, welche ich nicht in den Hauptbrief zu setzen wagte. Der arme Schorenhans vor dem Tore, welcher, wie Du weißt, mehr Witze macht als er Fleisch zu sehen kriegt, sollte jüngsten Sonntag einen schweren Zins nach der Hauptstadt tragen. Weil er fast nichts übrig behielt, um dort einzukehren und etwas zu genießen, so sagte er zu seiner Frau: „Ich werde mich früh um vier Uhr auf die Beine machen und streng laufen, denn es sind sieben Stunden, so werde ich bis zum Mittagessen eintreffen und wohl einen Teller Suppe und vielleicht auch ein Glas Wein vom Zinsherrn bekommen." So tat er denn auch und lief mit seinem Gelde wie besessen. Um zehn Uhr ungefähr verspürte er einen solchen Hunger, daß er kaum glaubte, hin zu gelangen, und fragte daher die Leute, welche des Weges kamen, wie weit es noch sei. „Wenn Ihr gut lauft," hieß es, „so habt Ihr noch eine Stunde!" Und wann man denn dort Mittag esse? fragte er noch ängstlich. „Am Sonntag um elf Uhr!" sagten die Leute. So lief der arme Kerl aus allen Leibeskräften, denn es handelte sich um den langen Rückweg und er trug nicht einen eignen Batzen in der Tasche. Endlich langte er an, als es eben elf Uhr läutete, und drang atemlos gleich hinter der anmeldenden Dienstmagd in die Stube, mit seinem Geldsäckchen ein Geräusch erregend. Die Familie saß schon am Tisch und die Suppe wurde eben weggetragen. Etwas ungehalten über das Eindringen sagte der Zinsherr: „Gut, lieber Mann! Setzt Euch nur dort auf die Ofenbank und geduldet Euch eine Weile!" So setzte er sich erschöpft und wehmütig auf die Bank und sah der Herrschaft zu, wie sie aß und trank, und hörte die Kinder plaudern und lachen und roch den mächtigen Braten, der jetzt hereingebracht wurde. Niemand gedachte seiner, bis zufällig der Herr sich zu ihm wandte und sagte: „Und was gibt es Neues bei Euch draußen, guter Freund?"

„Nichts Apartes!" erwiderte der Schorenhans schnell besonnen, „als daß merkwürdigerweise diese Woche eine Sau dreizehn Ferkel geworfen hat!" Auf diese Worte schlug die Zinsfrau erbarmungsvoll die Hände über dem Kopfe zusammen und rief: „O du lieber Gott! Was machen sie doch aus deiner Weltordnung! Ein Mutterschwein hat ja nur zwölf Zitzchen, wo soll denn das dreizehnte Säulein saugen!" Schorenhans zuckte lächelnd die Achsel und erwiderte: „Es hat's eben wie ich, es muß zusehen! Darüber lachte der Hausherr und rief: „Frau, laß dem Bauer einen Teller bringen und gib ihm zu essen von allem, was wir gehabt haben!" So geschah es, er bekam Suppe, Braten und alles Gute und der Herr schenkte ihm von dem alten Wein in das Glas und gab ihm ein gutes Trinkgeld, als er fortging. Ich teile Dir, lieber Mann, diesen Spaß nur deswegen mit, weil mir etwas dabei eingefallen ist. Ich wünschte nämlich, da Du so viele Verbindungen hast, daß Du die kleine Geschichte als einen artigen Beitrag für eines Deiner Unterhaltungsblätter abfassen oder aufsetzen und ein bißchen ausschmücken möchtest, bis sie beträchtlich genug ist. Dann würdest Du, indem Du ja den Zweck angeben könntest, ein kleines Honorar, etwa zehn Frank, dafür verlangen, und diese gäben wir dem Schorenhans, der gewiß eine komische Freude hätte über diesen unverhofften Ertrag seines Einfalls!"

Auf diesen Brief erfolgte von Viggis Seiten ein noch größerer mit folgender Beilage: „Die Sache geht gut, liebes Gritli! Wir können nun keck ausschreiten und wollen uns täglich schreiben, hörst Du, täglich! Vielleicht in einiger Zeit zweimal des Tages, um die Dauer meiner Abwesenheit gut zu benutzen und eine ansehnliche Sammlung zustande zu bringen. Ich denke auch schon auf einen idealen Namen für Dich; denn Deinen prosaischen Hausnamen können wir hier nicht brauchen. Wie gefällt Dir Isidora oder Alwine? Mit Deiner Geschichte vom Schorenhans hast Du nichts erreicht, als daß sie mir die doppelte Brieftaxe verursachte; denn erstens ist aus diesem albernen Witze nichts zu machen, und wenn es wäre, so kannst Du doch nicht verlangen, daß ich meine Muse mit dergleichen kleinlichen Angelegenheiten beschäftige! Für eine öffentliche wohltätige Unternehmung ließe sich das eher hören; ich bin auch schon bei einigen solchen ehrenvollen Missionen engagiert. Wenn Du jedoch den Leuten ein paar Franken aus der Tasche magst zukommen lassen, so habe ich nichts dagegen; denn ich möchte Deinem mildtätigen Sinne nicht gerade hinderlich sein. Ich wünschte, daß Du Dich für den Namen Alwine entscheidest."

Nun ging also die seltsame Briefpost tagtäglich und nach einiger eZit in der Tat zweimal des Tages. Gritli hatte nun alle Tage vier lange Briefe abzuschreiben, weshalb ihre feinen rosigen Finger fast immer mit Tinte befleckt waren. Sie seufzte reichlich bei diesem ungewohnten Tun, mußte bald lachen, bald weinen über die Einfälle und Mitteilungen der beiden Briefsteller, die durch ihre Hand gingen, und sie unterschrieb die Briefe an Viggi mit Alwine, diejenigen an Wilhelm mit Gritli, wobei sie dachte: der ist wenigstens zufrieden mit meinem armen Namen! Seit einiger Zeit hatte sie bemerkt, daß Wilhelm nicht zum besten mit Papier versehen war, indem er immer andre Farben und Abschnitzel verwandte. Sie kaufte daher ein Paket schönes Briefpapier und legte es ihm hin mit der Anweisung: „Es muß jetzt täglich zweimal geschrieben werden! Fragt nicht warum, kennt mich nicht, seht nicht nach mir! Das Geheimnis wird sich aufklären!"

Sie rechnete fest auf seine Gutherzigkeit, Einfalt und stille Ergebenheit, welche, wenn auch eines Tages enttäuscht, dennoch das Geheimnis bewahren würde, froh darüber, ein solches zu besitzen. So ging denn der Verkehr wie besessen, und an drei Orten häufte sich ein gewaltiger Stoß Liebesbriefe an. Viggi sammelte die vermeintlichen Briefe seiner Frau sorgfältig auf, Gritli verwahrte die Originale von beiden Seiten und Wilhelm bewahrte Gritlis feine Abschriften in einer dicken Brieftasche auf seiner Brust, während er sich um seine eignen Erzeugnisse nicht mehr kümmerte.

(Fortsetzung folgt.)

Nachrichten aus der Provinz.

Technische Nothilfe und Landwirtschaft.

Vom Deutschen Landarbeiterverband wird uns mitgeteilt: In der Landbundpresse wird in letzter Zeit wieder mal viel von der Notwendigkeit der Technischen Nothilfe in der Landwirtschaft geschrieben. Von den Behörden wird verlangt, daß alle landwirtschaftlichen Arbeiten als lebensnotwendige bezeichnet werden, für die im Verweigerungsfall durch die Arbeiter die Technische Nothilfe einzusetzen ist.

Würde den Wünschen der Landbündler Rechnung getragen werden, dann könnten die Landarbeiter mit ihrem Koalitionsrecht einpacken. Ohne Druck bewilligen die Arbeitgeber in der Landwirtschaft keine Forderungen ihrer Arbeiter. Selbst Schiedssprüche, die unter dem Vorsitz von Behörden (Reichsarbeitsministerium und andern) gefällt werden, erfahren bei den Arbeitgebern oft eine Ablehnung.

Soweit Technische Nothilfe in der Landwirtschaft bisher eingesetzt wurde, geschah dies in recht einseitiger Weise, lediglich gegen die Landarbeiter. Als im April-Mai des vergangenen Jahres die Landarbeiter des Kreises Lauenburg (Pommern) streikten, verweigerten die Landwirtee den streikenden Landarbeitern die Weide für ihr Vieh. Wo trotzdem die Kühe die Weide aufsuchten, wurden sie von den Besitzern und deren Beauftragten verjagt. Mit Gewehren bewaffnet schützten die Landbündler ihr geheiligtes Eigentum. Als sich nun die streikenden Landarbeiter um Hilfe für ihr hungerndes Vieh an die Technische Nothilfe wandten, erklärte diese ihre Unmöglichkeit zur Abwendung der Not.

Die Technische Nothilfe wird erst dann in der Landwirtschaft eine Berechtigung haben, wenn sie wirklich neutral nach allen Seiten hin ihre Tätigkeit ausübt. Wer hat es aber schon mal erlebt, daß unsre Landbündler den Einsatz der Technischen Nothilfe in Betrieben fordern, die nicht rationell bewirtschaftet werden? Da liegt doch eine Gefährdung der Volksernährung vor.

Solange es keinen Anbauzwang in der Landwirtschaft gibt, solange die Technische Nothilfe ihre Aufgabe nur einseitig zum Schutze der Arbeitgeber ausübt, dagegen die Landarbeiter in der Ausübung ihres Koalitionsrechts schädigt und der Allgemeinheit insofern nichts nützt, als sie in verlotterte landwirtschaftliche Betriebe nicht eingreift, muß ihre Unterstützung von der Landarbeiterschaft abgelehnt werden. —

Kreis Wanzleben.

Mit uns das Volk! ...

Wieder einmal hat es sich gezeigt, daß die Arbeiterschaft unsers Kreises in ihrer übergroßen Mehrheit hinter der Sozialdemokratischen Partei steht. Das ist ein doppelter Triumph. Unerschütterliche Treue zur Republik und unbeugsames Festhalten an der sozialdemokratischen Politik! Die Kommunisten können wohl mit halbwüchsigen Burschen Lärm machen, aber keine gereiften Arbeiter von ihren platten Parolen überzeugen. Die am Sonnabend und Sonntag in fast allen Orten des Kreises veranstalteten Versammlungen unsrer Partei hatten durchweg einen guten Besuch aufzuweisen, was in der Erntezeit selten ist. Die Kommunisten hatten es sich nicht nehmen lassen, zur Bekämpfung ihres einzigen Feindes, der V. S. P. D. alle möglichen und unmöglichen Schwatzhelden aus Magdeburg und andern Orten zusammenzukratzen und als „Debatteredner" zu produzieren. Dabei hat es denn verschiedentlich auch nicht an stürmischer Heiterkeit gefehlt, wenn ein solch 19- bis 20jähriger „Marxist" stolz bewies, daß ein Zusammengehen mit den Nationalsozialisten durchaus revolutionär sei, da die Faschisten ja auch das Nationaleigentum vernichten wollen.

Eine planmäßige Störung der Versammlung war allein in der Räterepublik Groß-Germersleben möglich, da dort heute noch wie früher die Kriegervereinskommunisten die Geschäfte der Reaktion besorgen. Einer der Schilfkommunisten von Westeregeln. Leute, die sich während der Märzaktion im Schilf des Bruches zum Vorwärtstreiben der Weltrevolution versteckt hielten, stieß die ungeheuerliche Drohung aus, daß zuallererst die „Volksstimme" in die Luft gesprengt würde, dann aber kämen die Funktionäre der V. S. P. D. an die Wand. Es war einfach furchtbar.

Die Referenten behandelten die Notwendigkeit der Regierungsbildung, forderten eine aktive Außenpolitik des Kabinetts mit dem Ziele der schnellsten Erledigung des Ruhrkriegs, da sonst alle Finanzmaßnahmen vergebens seien und damit die Autorität der Regierung untergraben würde. Innerpolitisch muß der völkisch-kommunistischen Koalitionspolitik einer Erhebung gegen Frankreich energisch entgegengetreten werden, weil das Ende der deutschen Wirtschaft, der deutschen Kultur durch einen Guerillakrieg aller gegen alle unausbleiblich ist. Den Feinden der Arbeiterbewegung darf es nicht gelingen, die Einheit der deutschen Republik zu zerstören. Wer der Republik, der Grundlage für den Sozialismus dienen will, darf sich nicht außerhalb des Rahmens der Verfassung stellen, er muß Gewerkschaften und Partei stärken. Der Feind steht rechts, wer sich mit diesem Feinde verbündet, auch wenn Kommunist ist, steht ebenfalls rechts. Die Totengräber der thüringischen Regierung, die Anhänger der Arbeiter- und Bauernregierung, sind auch als Kommunisten die Landsknechte von Ludendorff und Hitler. Die Ausführungen unsrer Referenten wurden vielfach von Beifall unterbrochen und endeten unter stürmischer Zustimmung. Die Sozialdemokraten unsers Kreises werden weiter treu zur Partei halten und sich von [illegible] Strebern der Politik in ihren ernsten Aufgaben nicht beirren lassen. Die großen Massen im Staate, auf welche es zur Erhaltung der republikanischen Staatsform ankommt, stehen zur Sozialdemokratie. — Mit uns das Volk, mit uns der Sieg! —

*

Diesdorf. Oeffentliche Versammlung. Die durch innen- und außenpolitische Verhältnisse außergewöhnlich bewegte Zeit macht es notwendig, daß alle Männer und Frauen zu der Volksversammlung am Mittwoch den 19. September erscheinen. Der Parteisekretär des Kreises, Genosse Schumacher, wird über „Unsre Aufgaben, unsre Gegner" sprechen. Werbe jeder für einen guten Besuch und sorge mit dafür, daß die breite Oeffentlichkeit über alle politischen Vorgänge aufgeklärt wird. —

Dodendorf. Mehr Interesse tut not. Genosse Thiele sprach in einer mäßig besuchten öffentlichen Versammlung. Die Verhältnisse sind bitter ernst, das wurde mit aller Rücksichtslosigkeit und Deutlichkeit gesagt. Gegner, die jetzt bestrebt sind, den alten Obrigkeitsstaat wiederherzustellen, können nur von ihrem Vorhaben durch eine einige und geschlossene Arbeiterschaft in Schach gehalten werden. Ein Kommunist mühte sich vergeblich ab zu „beweisen", daß die Kommunisten den Sozialismus wollen. Einen jungen Kommunisten, der seinen Namen verschwieg, nahm man nicht ernst. Unser Referent wollte die politisch unreifen Kommunisten belehren, das ließen sie sich aber nicht gefallen, sondern sprangen hoch und verließen das Lokal. Unsre Genossenschaft muß allen Bestrebungen mehr Interesse entgegenbringen. Ohne Mitarbeit jedes einzelnen ist eine Besserung der Verhältnisse nicht möglich. —

Barleben. Die Volksversammlung, in der Genosse Lenze (Magdeburg) sprach, war in Anbetracht der Erntearbeit gut besucht. Der Redner besprach klar und deutlich, was die Zukunft bringen kann und welche Aufgaben die Partei zu erfüllen hat, um das [illegible] Volk aus dem Strudel zu retten. Mit Parteiverschiedenheiten und [illegible] kommen wir nicht aus dem Wirrwarr heraus. Arbeit und [illegible] ist das Gebot der Stunde. Eine Sammlung von rund 11 Millionen Mark konnte der Parteikasse überwiesen werden. —

[illegible]. Ruhig verlaufen und gut besucht war die öffentliche Versammlung, in der Genosse Thiele referierte. Unsre wichtigste Aufgabe ist es, Errungenes zu erhalten und im Interesse der Arbeiterschaft aufzubauen und weitere Rechte und Einfluß zu erkämpfen. Parteidisziplin und feste Zusammenarbeit unter der Fahne der Sozialdemokratie ist notwendig. Gegner, die versuchen, die Republik anzugreifen, werden bei der V. S. P. D. auf Granit beißen. Gegner meldeten sich in der Versammlung nicht zum Worte. —

Kreis Jerichow 1.

Burg. Eine wichtige Mitgliederversammlung der Partei findet am Donnerstag abend 8 Uhr in Krauses Restaurant, Schartauer Straße, statt. Genosse Ferl (Magdeburg) wird über die heutige Lage sprechen. Es ist notwendig, daß die Genossen zu dieser Versammlung vollzählig erscheinen. Jeder mache seine Kollegen auf die Versammlung aufmerksam. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß ein Trinkzwang nicht besteht. —

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Eilsleben-Völpke. Rat- und Auskunftserteilung findet am Freitag den 21. September, vormittags von 10 Uhr bis abends 6 Uhr in Eilsleben im Gemeindekrug statt. —

Neuhaldensleben. In der Stadtverordneten-Sitzung wird nach Kenntnisnahme von dem Dankschreiben des Vereins für Fraueninteressen beschlossen, vor dem 13. Oktober noch eine Stadtverordneten-Sitzung stattfinden zu lassen. Nach der neuen Städteordnung muß die Stadtverordneten-Versammlung die Anzahl der neu in das Stadtparlament zu wählenden Stadtverordneten festlegen. Der Magistrat hat vorgeschlagen, 22 zu wählen. Genosse Schmidt stimmt dem im Namen unsrer Fraktion zu. Es wird so beschlossen. Schuldeputation und Schulausschuß des Gymnasiums werden beauftragt, die Schulgeldsätze der höhern Schulen für das kommende Vierteljahr festzulegen. Ein Antrag der Etatskommission geht dahin, die Kommission von drei auf fünf Mitglieder zu erweitern. Genosse Uffrecht begründet den Antrag, der Annahme findet. Neu hinzugewählt werden von der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Beduhn und von den bürgerlichen C. F. Krause. Die Stammeinlage bei der Mitteldeutschen Heimstätte wird auf 500 000 Mark erhöht. Eine längere Aussprache entspinnt sich über die Neufestsetzung der Wohnungsbauabgabe. Der Magistratsantrag geht dahin, vom 1. Juli zu dem staatlichen Zuschuß einen gleichen städtischen Zuschuß plus 700 Prozent zu erheben. Genosse Uffrecht macht in der Debatte geltend, daß der zu bewilligende Betrag durch die Verhältnisse längst überholt sei. Er gibt anheim, nicht, wie vorgesehen, das 9fache, sondern das 20fache des staatlichen Satzes zu bewilligen. Nach Unterbrechung der Sitzung stellt Stadtv. Busse den Antrag, das 12fache zu dem staatlichen Satze zuzuschlagen, während die sozialdemokratische Fraktion den Vorschlag des Genossen Uffrecht zum Antrag erhebt, welcher dann auch angenommen wird. Danach kommt ab 1. Juli folgende Wohnungsbauabgabe zur Erhebung: 45 000 Mark Wohnungsbauabgabe des Staates, 45 000 Mark der Stadt, dazu 1800 Prozent = 810 000, im ganzen also 900 000 Mark. An der Besprechung über die Beschäftigung der städtischen Arbeiter, insbesondere der durch Inangriffnahme eines Wohnhausbaues beteiligen sich die Stadtv. Pasemann, Busse, Duckstein, Herrmann, Uffrecht, Stadtrat Preuß, Erster Bürgermeister Bohe und Baurat Flock. Stadtv. Pasemann stellt im Namen seiner Fraktion den Antrag, ein Zweifamilienhaus zu errichten, da ein großer Teil der Rohmaterialien hierzu noch vorhanden sei. Die Mehrzahl der Redner ist sich klar darüber, daß es bei den heutigen schweren Verhältnissen unmöglich ist zu bauen, daß man aber für Arbeit sorgen muß, um das Elend der Erwerbslosen etwas zu lindern und der herrschenden furchtbaren Wohnungsnot abzuhelfen. Man beauftragt den Magistrat, bis zur nächsten Sitzung festzustellen, in welcher Weise die entstehenden Kosten gedeckt werden können. Der Zuschuß zum Finanzbeamten-Siedlungshaus wurde von 80 Millionen auf 5 Milliarden erhöht. Zahlung soll erfolgen, sobald Mittel aus der Wohnungsbauabgabe vorhanden sind. Zwei Anfragen des Stadtv. Duckstein über Stallbau im Elektrizitätswerk und Feuersgefahr in der Stadt wurden vom Anfragenden begründet und vom Magistrat beantwortet. Eine Besprechung wird nicht gewünscht. Dann wird beschlossen, auf Konto Realsteuern die jeweilig gesetzlich zugelassenen Vorschußzahlungen auf die Gemeindesteuern in ihrem Höchstbetrag zur Erhebung zu bringen. In nichtöffentlicher Sitzung wird die Annahme eines vom Reiche zur Verfügung gestellten Kredites in Höhe von 4½ Milliarden Mark als besonderer Zuschuß für Besoldungszwecke beschlossen und den Vorschlägen des Magistrats wegen des Vorkaufsrechts für die Stadt am früher Schernikauschen Eckgrundstück am Markte zugestimmt. —

Kreis Kalbe.

Staßfurt. Kommunistische Arbeit. Alles ist wandelbar, vor allem die Kommunisten. Je nachdem es der Augenblick erfordert. Es kommt ihnen ja nicht darauf an, ihren Anhängern ein festes Programm zu bieten, sie wollen vielmehr durch Irrungen, Unwahrheiten und Phrasen die Massen durcheinander bringen. Wie könnte sonst ihre Parteisuppe brodeln und kochen. Das ist Moskowiter-Art. Mit wieviel Tamtam und Trara wurde der letzte Streik entfesselt, die Ernte sollte auf den Feldern bleiben und verkommen, desto eher käme man zum Ziele. Jetzt heißt es: Sicherung der Ernte für die gesamte arbeitende Bevölkerung. Schutz dem Mittelstand und den Bauern, das ist die neueste „revolutionäre" Parole der Moskauer. Wie lange wird sich die Arbeiterschaft noch den Schwindel der Jünger der gesegneten russischen Gefilde gefallen lassen. —

Kleine Chronik.

Wieder ein Attentat in der Eisenbahn. Am Sonntag vormittag fand man in dem im Potsdamer Bahnhof in Berlin einlaufenden D-Zug Köln—Berlin im Toilettenraum eines Wagens der 3. Klasse die Frau des Bankbeamten Weilinger aus der Friedrichstraße 40 in Berlin bewußtlos auf. Man brachte sie nach der Rettungsstelle, wo sie bald das Bewußtsein wiedererlangte und folgende Aussage machte: Sie ist kurz vor Magdeburg, als sie sich in der Nähe der Toilette aufhielt, von einem Reisenden angefallen, in die Toilette hineingedrängt und dort mit Chloroform betäubt worden. Nach ihrer Aussage fehlen ihr die Brieftasche, der Ehering und ebenso ihr Koffer, der im Gepäcknetz ihres Abteils lag. Der Täter hat nach seiner Tat die Toilettentür mit einem Dietrich abgeschlossen. Als das Besetzt-Zeichen auch bei der Einfahrt in Berlin noch da war, wurden Eisenbahnbeamte gerufen, die die Tür gewaltsam aufrissen und die ohnmächtige Frau fanden.

Japanische Rikschas in Berlin? Eine Folge der hohen Droschkenbetriebskosten ist ein Antrag, der dem Verkehrsamt unterbreitet worden ist und noch weiter geprüft wird. Ein Konsortium will etwa zum halben Pferdedroschkentarif Dreiräder, die mit Menschenkraft bewegt werden, zur Beförderung von ein bis zwei Personen einstellen — also etwas Aehnliches wie die Rikschas in Japan. Die Schnelligkeit würde mit 8 bis 10 Kilometer in der Stunde der der Pferdedroschken entsprechen. Es kommen nur kürzere Strecken zu Bahnhöfen, Gerichten, Fahrten von Aerzten und Rechtsanwälten in Frage. —

Im Segelboot über den Atlantik. Ein junger Franzose Alain Gerbault ist in einem Segelboot nach Amerika unterwegs. Er hat mit zwei englischen Jachtbesitzern gewettet, daß er ohne fremde Hilfe über den Ozean segeln würde. Es scheint nach eingegangenen Nachrichten, daß er Aussicht hat, sein tollkühnes Vorhaben durchzuführen. Alain Gerbault ist im Mai von Nizza in seinem 10 Meter langen Boote „Firecrest" abgefahren und traf am 6. Juni in Gibraltar ein, wo er sich mit neuen Lebensmitteln versorgte. Nach einigen Tagen setzte er seine Reise fort. Jetzt hat ihn am 5. September mitten im Meere, 200 Kilometer vom Leuchtturm von Nantucket der griechische Dampfer „Byron" angetroffen, von dem er einige Vorräte erhalten hat. Nach neuesten Berichten ist Gerbault nach einer Ueberfahrt von 142 Tagen in Newport angekommen. Er hat seine Wette gewonnen und ganz allein diese Reise von Europa nach Amerika durchgeführt. Gerbault hat mehrere heftige Stürme erlebt, die einen Teil seiner Segel vernichteten und auch die kleine Kajüte der 10 Meter langen Jacht stark beschädigt haben. Er verlor aber nicht den Mut, obwohl er 26 harte Tage durchzumachen hatte. Zweimal [illegible] große Ozeandampfer, die ihn neu verproviantierten. Die schwerste Zeit brach für Gerbault an, als ihm das Trinkwasser ausging. Am Anfang seiner abenteuerlichen Fahrt hatte er Fischfang getrieben und Romane gelesen. Als die Reise zu Ende ging, war er beinahe ohne Bewußtsein und ließ sich von dem Winde treiben. —

Eine Taifunkatastrophe in Japan. Nach einer vom „Temps" veröffentlichten Meldung der „New York Tribune" wird aus Kobe durch Funkspruch gemeldet, daß während eines Taifuns, der die Stadt Tittori in Japan betroffen hat, mehr als 3000 Personen ertrunken und Tausende Einwohner obdachlos geworden sind. Der Schaden werde auf etwa 10 Millionen Dollar geschätzt. Die Flüsse Tukuri, Schio und Takari sind über die Ufer getreten und mehrere Dörfer sind durch die Ueberschwemmung zerstört worden.

Eingesandt.

Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Achtung, Freidenker!

Eine Ortsgruppe der Gemeinschaft proletarischer Freidenker hat sich auch in Magdeburg gebildet. Ueber ihre Ziele schreibt der „Atheist" (Organ der proletarischen Freidenker) unter anderm:

Die Gemeinschaft proletarischer Freidenker erstrebt mit dem sozialistischen Proletariat den Sozialismus, d. h. die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die einer gesellschaftlichen Produktion entsprechende Verteilung der erzeugten Güter. Ihre Aufgabe sucht die Gemeinschaft proletarischer Freidenker zu lösen a) durch organisatorische Zusammenfassung aller aus der Kirche ausgeschiedenen Angehörigen der werktätigen Klassen und durch Einwirkung auf die noch der Kirche angehörenden Mitglieder dieser Klasse, aus der Kirche auszuscheiden; b) durch Umstellung des religiösen und individualistisch-egoistischen Denkens in ein von Gemeinschaftsgeist getragenes sozialistisches Empfinden; c) durch Förderung eines von höhern kulturellen Zielen getragenen Gemeinschaftslebens in Familie, Arbeitsstätte, Organisation, Gemeinde und Staat; d) durch Förderung der Kindererziehung in sozialistischem Geiste; e) durch Einfluß auf die Gesetzgebung und die Verwaltung in Staat und Gemeinde im Sinne vorstehender Richtlinien. Demnach fordert die Gemeinschaft proletarischer Freidenker: Die völlige Trennung von Kirche und Staat, von Kirche und Schule; die Verweltlichung der Schule, der Krankenpflege, des Wohlfahrts- und Bestattungswesens; die Streichungen aller Aufwendungen und Leistungen aus den Mitteln des Staates oder der Gemeinde für kirchliche, konfessionelle oder religiöse Zwecke; die Erklärung der kirchlichen und religiösen Organisationen zu privaten Vereinigungen, die die Mittel zur Beschaffung und Erhaltung ihrer Einrichtungen durch ihre Mitglieder selbst aufzubringen haben; die Aufhebung aller kirchlichen Feiertage als gesetzliche Feiertage und die Schaffung gesetzlicher Ruhe- und Feiertage im Sinne des Sozialismus. Entsprechend diesen allgemeinen Richtlinien ist die Gemeinschaft proletarischer Freidenker bestrebt, durch Vorträge und Kurse die eignen Mitglieder zu schulen und neue Anhänger zu gewinnen, durch proletarische Feierstunden, Theateraufführungen mit einleitenden Vorträgen, musikalische und literarische Abende usw. den Gemeinschaftssinn und den Geschmack für gute literarische und künstlerische Darbietungen und damit das geistige Niveau ihrer Mitglieder zu heben, durch Rat und Tat auf die Ausgestaltung proletarischer Feste einzuwirken und durch Veranstaltung eigner Feste mit gutem Beispiel voranzugehen, durch Einwirkung auf öffentliche Büchereien für gute Literatur zu sorgen, durch Veranstaltung guter Jugendfeiern die Jugend dem kämpfenden Proletariat zuzuführen, durch Stellung von Rednern bei Begräbnissen oder andern Anlässen dem Bedürfnis nach Würdigung des Ereignisses nachzukommen, durch Hebung der gesamten proletarischen Kultur den Blick über die kleinen Alltagsgedankenkreise hinauszuführen und das Proletariat fähiger zu machen zur Aufnahme und Verfolgung höherer Gedanken und Ziele. Die nächste Versammlung der Gemeinschaft findet am Freitag den 21. September bei Heck, Stephansbrücke, statt. Jeder, der aus der Kirche ausgeschieden ist, hat Zutritt. Näheres wird noch im Vereinskalender der Zeitung bekanntgegeben. —

Volkssport.

Stand der Serienkämpfe

des Arbeiter-Athletenbundes im 8. Kreise des 1. Bezirks.

Klasse A.

Nr.	Name des Vereins	Stattgef. Kämpfe	Siege	Niederlagen	Wertungs-Punkte	Höchste Verhältniszahl
1	Atlas I	8	7	1	14	979,3
2	Einigkeit I	8	6	2	12	943,1
3	Volkskraft I	9	6	3	12	938,1
4	Eiche I	7	4	3	8	885,3
5	Viktoria I	10	3	7	6	879,3
6	Germania I	10	—	10	0	—
	Klasse B.					
1	Einigkeit II	6	5	1	10	887,8
2	Volkskraft I	5	3	2	6	863,5
3	Atlas II	5	3	2	6	863
4	Adler I	6	0	6	0	847,6

Vereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorausbezahlung, die Zeile 384000 Mark aufgenommen.

Turnverein Fichte Magdeburg. Sämtliche Spielleute, welche sich am Umzug der V. S. P. Buckau zur Fahnenweihe beteiligen wollen, treffen sich Mittwoch abend 6 Uhr im „Klosterbergegarten". [396

Warenmärkte.

Berliner Produkten-Börse vom 17. September.

Produkte	50 Kilogramm Million. Mark	Produkte	50 Kilogr. Million. Mark†
Weizen, märkischer	200—215	Roggenkleie*)	110—115†
Weizen, mecklenburg.	—	Raps*)	—
Weizen, schlesischer	—	Leinsaat*)	—
Roggen, märkischer	165—175	Viktoria-Erbsen	—
Roggen, schlesischer	—	Kl. Speiseerbsen	—
Roggen, pommerscher	—	Futtererbsen	—
Roggen, ostpreußischer	—	Peluschken	—
Roggen, westpreußisch.		Ackerbohnen	—
Sommergerste, märk.	—	Wicken	—
Wintergerste, neue	—	Lupinen, blaue	—
Hafer, märkischer	170—180	Lupinen, gelbe	—
Hafer, schlesischer	—	Seradella	—
Mais (ab Berlin)		Rapskuchen	150—160
u. Provenienzangabe	—	Leinkuchen	—
Mais (ab Hamburg)	—	Trockenschnitzel	90—100
Weizenmehl, 100 kg	650—600	Kartoffelflocken	160—170
Roggenmehl, 100 kg	500—550	Zuckerschnitzel	—
Maismehl*)	—	Torfmelasse	
Weizenkleie*)	100—115	30—70 Prozent	60

*) 50 Kilogramm brutto Sack. †) Ab einschl. Station.

Wasserstände.

Elbe.			Fall	Wuchs
Pardubitz	17. 9.	—	—	—
Brandeis	.	—	—	—
Melnik	.	—	—	—
Leitmeritz	.	— 0,48	—	—
Aussig	.	— 0,56	—	—
Dresden	.	— 2,08	—	—
Torgau	.	— 0,48	0,05	—
Wittenberg	.	+ 0,76	—	—
Roßlau	18. 9.	+ 0,04	0,01	—
Aken		—	—	—
Barby	.	+ 0,14	0,02	—
Magdeburg	.	+ 0,23	—	0,02
Tangermünde	17. 9.	+ 0,61	—	—
Wittenberge	.	+ 0,34	—	—
Lenzen	.	—	—	—
Dömitz	.	—	—	—
Darchau	.	—	—	—
Boitzenburg	.	—	—	—
Hohnstorf	.	— 0,18	—	—

Mulde.			Fall	Wuchs
Düben	17. 9.	+ 0,10	—	—
Saale.				
Grochlitz	18. 9.	+ 0,54	—	—
Trotha Utp.	.	+ 1,22	—	—
Bernburg Utp.	.	—	—	—
Calbe Oberpeg.	.	+ 1,40	—	—
Calbe Unterpeg.	.	— 0,15	—	0,01
Grizehne	.	— 0,01	—	—
Havel.				
Brandenburg Oberpegel	17. 9.	+ 2,00	—	—
Brandenburg Unterpegel	.	+ 0,48	—	—
Rathenow Oberpegel	.	+ 1,36	—	—
Rathenow Unterpegel	.	+ 0,00	—	—
Havelberg	.	+ 0,93	—	0,05

Wettervorhersage.

Mittwoch den 19. September: Bei westlichen Winden wolkiges, kühles Wetter mit Regenschauern. —